

# *Judith Maria Müllender*

---

aus Deutschland



## Stipendien-Aufenthalt in Kenia

vom 26. Oktober bis 07. Dezember 2004

## **No more secrets – der Kampf gegen die Korruption in Kenia**

Von Judith Maria Müllender

Kenia, vom 26. Oktober bis 07. Dezember 2004



# Inhalt

1. Zur Person	386
2. Das Monster Korruption und die Hoffnung des Regenbogens	386
3. A voice in the dark – Die Stimme des David Munyakei	388
4. Transparency International – Die Koalition gegen Korruption	391
5. A mission impossible – John Githongo, der König der Korruptionsbekämpfer	393
6. Eine Bande von Vielfraßen – Die Mittel der Diplomatie	396
7. Each one teach one – Hilfe zur Selbsthilfe	398
8. We too – Wie sich eine Dorfgemeinschaft für Demokratie einsetzt	401
9. This land is our land – Der Ndungu-Report und seine Geheimnisse	406
10. Do or die – Das Greenbelt Movement der Wangari Maathai	409
11. Die Weißen mit der schwarzen Weste – Die Recherchen des John Mbari	413
12. Democrazy – Die Macht von Kunst und Medien	417
13. Kick corruption out of sport – Der Fußballclub von Bob Munro	419
14. Was bleibt – Das Fazit eines Kampfes	423
15. Danke – Asante	425

## **1. Zur Person**

Name: Judith Müllender, geboren am 20. Mai 1969 in Essen, studiert an der Universität zu Köln. Seit 1998 beim WDR tätig: Erst als freie Reporterin bei der Aktuellen Stunde, nach dem Regionalvolontariat 2001/2002 als Redakteurin beim ARD-Morgenmagazin. Dort vor allem mit der aktuellen Berichterstattung beschäftigt, also mit der Tagespolitik im In- und Ausland.

## **2. Das Monster Korruption und die Hoffnung des Regenbogens**

Ein Monster, dass kaum zu besiegen ist, ein Drache mit immer wieder nachwachsenden Köpfen oder ein Ungeheuer, dass Feuer spuckt und damit Häuser, Nahrung und Menschen zerstört – das sind Gemälde zum Thema Korruption. Die Bilder sind ausgestellt im Goethe-Institut in Kenias Hauptstadt Nairobi Ende 2004. Zwei Jahre nach einer Wahl, die alles verändern sollte.

Rückblick. Es ist Dezember 2002: In den Straßen von Kenia wird gefeiert. Die Menschen sind euphorisch. Sie sprechen von der zweiten Befreiung nach dem Ende der Kolonialzeit. Denn friedlich, aber entschlossen haben sie einen neuen Präsidenten, eine neue Regierung gewählt. Nach 24 Jahren des Regimes unter Daniel Arap Moi heißt der neue Präsident Mwai Kibaki. Seine Koalition aus über zehn Parteien hat sich den Regenbogen als Wahrzeichen ausgesucht. Bekämpfen wollen sie die Korruption, damit auch Arbeitslosigkeit und Armut. Das Motto der neuen Regierung ist Null Toleranz. Eine schwere Aufgabe, denn Bestechung und Hinterziehung, Landnahme und Diebstahl von Staatseigentum sind tief verwurzelt in der kenianischen Gesellschaft. Darunter leiden am meisten diejenigen, die sowieso nicht viel besitzen. Verdient daran haben vor allem die Clans der früheren Präsidenten Kenyatta und Moi, viele andere Regierungsmitglieder sowie Geschäftsleute. Nun ruht die Hoffnung der „wananchi“, der Bürger, auf der Regenbogenkoalition. Sie wollen helfen, den neuen Präsidenten und sein Team beim Kampf gegen die Korruption zu unterstützen. Das Jahr 2002 endet gut für Kenia und seine Menschen.

Bis zum Frühjahr 2003 hat die Regierung unter Mwai Kibaki schon einige Reformen durchgesetzt. Der Besuch der Grundschule wird kostenlos. Der größte Korruptionsskandal Afrikas, der so genannte Goldenberg-Skandal soll untersucht werden. Richter und Polizisten auf den höheren Posten werden ausgetauscht. Ein Problem ist nach wie vor das Chaos auf den Straßen. Jedes Jahr sterben tausende von Menschen in Kenia bei Verkehrsunfällen. Das soll anders werden, die öffentlichen Verkehrsmittel, die Minibusse sollen sicherer werden. Auf die sind die meisten Kenianer angewiesen.

Bisher zwängten sich die Passagiere in die kleinen Busse. Sicherheitsgurte gab es nicht, Geschwindigkeitsbegrenzungen wurden missachtet. Für ein paar Schilling drückten Polizisten beide Augen zu, wenn sie bei Kontrollen ein völlig überladenes, defektes Fahrzeug erwischten. Jahrelang scheiterten alle Versuche der Moi-Regierung, Sicherheitsauflagen einzuführen. Jeder, der etwas an dem Zustand ändern wollte, wurde bestochen und schwieg. Wenn Geld nicht half, wurde gestreikt. Spätestens nach einem Tag protestierten die Berufspendler, die auf die Minibusse angewiesen waren. Alles blieb dann beim Alten – bis zum Herbst 2003.

Wieder versucht die Regierung, Passagierzahlen zu beschränken, Sicherheitsgurte zu installieren und Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuführen. Daraufhin treten die Minibusfahrer in den Streik. Aber diesmal protestieren die Bürger nicht. Im Gegenteil: Tausende von Pendlern gehen zu Fuß zur Arbeit, Frauen laufen mit ihren Waren zum Markt, Schulkinder spazieren nach Hause – teilweise kilometerweit, stundenlang. Zwei Wochen ist Kenia das Land der Fußgänger. Dann geben die Besitzer der Minibusse genervt nach. Seitdem fahren die Busse in den Großstädten nicht mehr überfüllt, nicht mehr zu schnell und haben Sicherheitsgurte für jeden Fahrgast. Die Verkehrsunfälle sind zurückgegangen. Bei Straßenkontrollen verdienen Polizisten nichts mehr extra. Denn bestochen wird nur da, wo Missstände vertuscht werden müssen. Die gestiegene Sicherheit auf den Straßen ist ein sichtbarer Erfolg für die Regenbogenkoalition und die Menschen in Kenia. Das Jahr 2003 endet hoffnungsvoll.

2004 – über ein Jahr ist nach den Wahlen vergangen. Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Inzwischen sind die Parteien der Regenbogenkoalition heillos zerstritten, Reformen werden zerredet, ein neuer Korruptionsskandal erschüttert die Nation. Bestechlichkeit und Vorteilnahme machen sich auch unter den Politikern der neuen Regierung breit. Außerdem haben Armut und Arbeitslosigkeit zugenommen. Präsident Mwai Kibaki ist alt und krank, dadurch geschwächt. Entscheidungen trifft er kaum noch. Die so genannte Mount Kenia Mafia, eine Riege, die sich rund um den Präsidenten gebildet hat, reißt die meisten Regierungsgeschäfte an sich. Die Euphorie des vergangenen Jahres weicht der Enttäuschung. Die Kenianer verlieren die Geduld. Und: Das Monster Korruption ist immer noch lebendig und vielleicht sogar gefährlicher als vorher. Für die Regierung und das Volk in Kenia scheint 2004 kein gutes Jahr zu werden. Doch immer noch stellen sich Menschen dem Kampf gegen die Korruption. Deren Geschichten sollen hier erzählt werden. Die Recherchereise beginnt.

### 3. A voice in the dark – Die Stimme des David Munyakei

Abgeschieden lebt er, in einem kleinen Dorf ohne Strom, Telefon, fließendes Wasser. Wer David Munyakei besuchen will, braucht viel Geduld und Zeit. Von Narok, der nächsten größeren Stadt ist sein Dorf nur etwa 100 Kilometer entfernt, doch dorthin führt keine asphaltierte Straße. Über aufgeweichte, holprige Pisten geht es drei Stunden lang berghoch. In dem überdachten Peugeot-Pick-Up drängen sich mehr als zwanzig Passagiere, auf dem Dach sitzen weitere fünf neben Koffern, Nahrungsmitteln und Wasserkanistern. Die Straßenverkehrsregeln sind hier außer Kraft gesetzt, um die Sicherheit der Fahrgäste schert sich niemand. Sie selber nehmen den Transport gelassen. Es gibt eben nur diese Möglichkeit, um in die Stadt und wieder nach Hause zu gelangen. Noch nicht einmal die Polizei kommt hierher, um bei den Verkehrskontrollen ein bisschen nebenher zu verdienen.

David Munyakei, den Namen haben die Reisenden schon einmal gehört. Ja klar. Der wohnt doch im Nachbarort, im gleichen Dorf. Sein Häuschen steht etwas außerhalb in den Feldern. Dort lebt er mit seiner Frau und den drei Töchtern. Die eine geht gerade zur Schule, die anderen beiden sind jünger, vier und zwei Jahre. Ein Held soll er sein? Tatsächlich? Davon haben sie noch nichts gehört.

Wie ein Held wirkt David Munyakei auch nicht. Er ist klein, zerbrechlich, hellhäutig und die Nase ist mit Sommersprossen übersät. Ende Zwanzig wird er sein, obwohl er älter aussieht. Er ist also die Stimme im Dunklen, „the voice in the dark“ wie ihn die Organisation „Transparency International“ nennt. David Munyakei erzählt, warum er seine Stimme erhoben hat.

Seine Geschichte beginnt im Jahr 1991. David ist glücklich. Seine Ausbildung hat er beendet und sofort einen Job gefunden. Nicht irgendeinen, nein, er ist Buchhalter bei der kenianischen Zentralbank. Dort muss er Exportpapiere kontrollieren und Kredite prüfen, die die Zentralbank an andere Banken und Firmen vergibt. David sieht die Unterlagen durch, lässt sie von den jeweiligen Ressortchefs unterzeichnen und schreibt dann die Auszahlungsbelege. Routinearbeit. Doch bald fällt ihm auf, dass es bei den Transaktionen der Firma „Goldenberg International“ immer um sehr hohe Auszahlungssummen geht. Ausgerechnet diese Papiere soll er möglichst schnell prüfen, nur gewisse Standards kontrollieren – Befehl von oben. Anscheinend ist der Kunde wichtig für die Bank. Eilig scheinen die Anträge jedenfalls immer zu sein. Und noch etwas ist anders als gewöhnlich: Die Unterlagen von „Goldenberg International“ kommen immer erst nach 17 Uhr bei der Zentralbank an, also nach Geschäftsschluss. Das macht David Munyakei stutzig. Er beginnt zu recherchieren und findet heraus, dass die

Firma Diamanten und Gold aus Kenia exportiert. Über die großen Mengen wundert er sich. Die Zentralbank zahlt „Goldenberg International“ im Gegenzug Ausfuhrsubventionen in Millionenhöhe. Eines Tages sind seine beiden Vorgesetzten, die die Ausfuhrpapiere normalerweise unterschreiben, bereits aus dem Haus. Da er aber den Auftrag hat, die Unterlagen so schnell wie möglich zu bearbeiten, bittet er den Chef einer anderen Abteilung um Unterschrift. Nachdem er sich die Exportpapiere gründlich angesehen hat, weigert er sich, seinen Namen darunter zu setzen. David Munyakei nimmt all seinen Mut zusammen und fragt nach dem Grund. Der Mann erwidert, die Zahlungen seien illegal. Solche enormen Mengen an Gold und Diamanten seien in Kenia nicht vorhanden. Deswegen gebe es keinen Grund, Millionen von Dollar als Subventionen an „Goldenberg International“ auszuzahlen. David Munyakei solle bei der Bearbeitung der Unterlagen vorsichtig sein.

Von diesem Zeitpunkt an ist David auf der Hut. Wenn Papiere von „Goldenberg International“ eintreffen, holt er sich zwar die nötigen Unterschriften, aber achtet darauf, dass andere Angestellte als Zeugen im Raum sind. Er arbeitet gewissenhaft wie bisher. Doch heimlich sammelt er Beweise für die betrügerischen Geschäfte zwischen der Firma Goldenberg und einigen Bankmanagern. Er begreift, warum die Formulare immer erst nach 17 Uhr eintreffen, warum gründliches Nachprüfen unerwünscht ist und warum es bei der Bearbeitung immer schnell gehen muss. David Munyakeis Wut wächst, je mehr er entdeckt. Bei den dubiosen Deals geht es um fast eine Milliarde US-Dollar. Geld, das eigentlich dem Staat und damit den Kenianern gehört. Für David Munyakei steht fest, die Betrügereien müssen öffentlich gemacht werden. Er kopiert das belastende Material.

Zwei Jahre, nachdem er überglücklich seinen ersten Job bei der Zentralbank angetreten hat, übergibt David Munyakei im Frühjahr 1993 die Kopien an zwei Mitglieder der Oppositionspartei. Die machen den Skandal publik, in den offensichtlich auch hochrangige Mitglieder der Moi-Regierung und sogar Moi selber verwickelt sein sollen. Der Goldenberg-Skandal ist geboren. Und David Munyakei, die Stimme im Dunkeln? Gibt es ein Happy End für ihn? David Munyakei erzählt weiter.

Es ist Mai oder Juni 1993, jedenfalls kurz nachdem er die Kopien an die beiden Oppositionspolitiker überreicht hatte, als eines Morgens die Polizei vor seiner Haustür steht. Damals hat David noch eine Wohnung in Nairobi, in der Nähe der Zentralbank. Er wird festgenommen und ins Gefängnis gebracht. Die Anklage lautet: Weitergabe von vertraulichen Unterlagen an dritte, nicht autorisierte Personen. Seine Mutter erfährt von der Festnahme ihres einzigen Sohnes und erleidet einen Herzinfarkt. Sie erholt sich nicht mehr und stirbt. David Munyakei wird wenige Monate später von einem Gericht für nicht schuldig befunden. Der Freispruch aber ist seinen

Arbeitgebern von der Zentralbank egal. Ende September 1993 erhält er die Kündigung wegen „unzulänglichem Verhalten“. Sein Gehalt hat er schon seit April nicht mehr bekommen, ein Zeugnis wird ihm auch verweigert. Unter diesen Umständen hat David Munyakei keine Chance, einen neuen Job bei einer anderen Bank zu finden. Er, der seinem Gewissen gefolgt ist, die Hinterziehung von Steuergeldern öffentlich gemacht und damit auch gestoppt hat, findet keine Fürsprecher in eigener Sache. So kehrt er in das kleine Bergdorf zurück, in das Haus, in dem er aufgewachsen ist. Er lebt von seinem Ersparten, von Ackerbau und Viehzucht. Er weiß, so lange diejenigen regieren, die in den Goldenberg-Skandal verwickelt sind, wird sich für ihn nichts ändern. Er kann sogar froh sein, dass man ihn in Ruhe lässt. Fast neun Jahre vergehen.

Einen Nachmittag und viele Zigarettenlängen hat David Munyakei gebraucht, um seine Geschichte bis zum Jahr 2002 zu erzählen. Jetzt muss er Luft holen und in der Küche nach dem Rechten sehen. In einem Lehmraum neben dem Wohnhaus aus Holz bereitet seine Frau das Abendessen zu. Eine afrikanische Spezialität wird es heute geben. Über dem offenen Feuer wird ein Brei aus Erbsen, Kartoffeln und Zwiebeln bereitet. Alle Zutaten kommen aus dem Garten. Dazu gibt es Hammelfleisch, aus eigener Zucht – versteht sich. Die drei Töchter haben es geschafft, auch die letzte Tafel Schokolade zu verputzen, ein Gastgeschenk aus Nairobi. Für Süßigkeiten hat David Munyakei kein Geld. Seine Familie bringt er so eben über die Runden. Zum Glück ist das Bergklima für Gemüse-, Obst- und Viehzucht sehr gut. Trotzdem: David Munyakei und seine Frau träumen von einem anderen Leben. Er will wieder als Buchhalter arbeiten. Sie möchte eine komfortable Küche und etwas Geld. Die Kinder sollen zur Schule gehen, schöne Kleider tragen und gute Bücher lesen.

Nach dem Abendessen erzählt David Munyakei weiter.

Nach den Wahlen im Dezember 2002 heißt der neue Präsident Mwai Kibaki. Dieser Name bedeutet für David Munyakei neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Zu Beginn des Jahres 2003 wird eine Kommission eingerichtet, die den Goldenberg-Skandal untersucht. Endlich sollen die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen und die so genannten „whistleblower“, die Informanten entschädigt werden. Deswegen erscheint David Munyakei am 12. Dezember 2003 auch sehr bereitwillig als Zeuge Nummer 35 vor dem Untersuchungsausschuss. Er erzählt, was er weiß. Er hofft, dass er nun – da endlich eine neue Regierung an der Macht ist – ein Zeugnis bekommt und sich dann eine neue Arbeit suchen kann. Der Oppositionspolitiker, dem er damals die Kopien überreicht hat, ist schließlich jetzt Teil der Regierung. Die Euphorie macht blind. Denn nicht alle Minister sind ausgetauscht, einige von denen, die in der neuen Regierung etwas zu sagen haben, sind

in den Goldenberg-Skandal verwickelt. Sie haben kein Interesse daran, dass die Untersuchungskommission wirklich alles aufklärt. Dann könnte es nämlich tatsächlich zum Prozess kommen, zu Verurteilungen und Geldrückzahlungen. David Munyakei vertraut aber auf die Versprechen. Wenn die Untersuchungen abgeschlossen seien, so hat man ihm gesagt, werde er einen neuen Job, ein Zeugnis, eine Entschädigung bekommen. Bis heute klammert sich der Familienvater an diesen Strohhalm.

Im November 2004, nach fast 290 Tagen und vielen Verzögerungen, hat die Kommission die Untersuchung endlich abgeschlossen. Doch drei unabhängige Richter beklagen, dass wichtige Zeugen nicht persönlich verhört worden sind, darunter Ex-Präsident Daniel Arap Moi, der frühere Vizepräsident und derzeitige Minister für Bildung, George Satoti, sowie andere wichtige politische Persönlichkeiten. Sie entscheiden, dass die Kommission ihre Arbeit fortsetzen muss. David Munyakei kann es nicht glauben. „Es muss doch auch mal Schluss sein“, stöhnt er. Das Ende der Untersuchung könnte für ihn ein Neuanfang sein, das hofft er zumindest. Nach elf Jahren sehnt er sich nach ein wenig Gerechtigkeit und Ausgleich dafür, dass er seine Stimme erhoben hat.

#### **4. Transparency International - Die Koalition gegen Korruption**

David Munyakei hat von Transparency International den „Preis für internationale Integrität 2004“ erhalten. Außerdem hat die Anti-Korruptionsorganisation eine Unterschriftenaktion gestartet. Die Unterzeichner fordern den zuständigen Gouverneur auf, David Munyakei den Job bei der Zentralbank zurück zu geben. Ob diese Aktion Erfolg hat, ist fraglich. Der Einsatz für diejenigen, die Korruption aktiv bekämpfen, ist allerdings nur ein kleiner Teil der Arbeit von Transparency International.

1993 wurde die gemeinnützige, überparteiliche Organisation in Deutschland von Peter Eigen gegründet. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, Korruption aufzudecken und zu verhindern. Inzwischen gibt es 80 nationale Büros, überall auf der Welt. Jedes Jahr veröffentlicht Transparency International den sogenannten Korruptionsindex. Der gibt an, wie korrupt ein Staat ist. Die Rangliste gibt zumindest einen Überblick. Im Jahr 2004 steht Kenia auf Platz 129 von 146. Zum Vergleich: Deutschland liegt auf Platz 5, Finnland auf Platz 1, ist also nahezu frei von Korruption. Den letzten Platz teilen sich Bangladesch und Haiti.

Die Veröffentlichung des Rankings wird von den betreffenden Staaten mit Spannung erwartet. Voller Freude verkünden kenianische Politiker, dass man im Jahr 2004 ein paar Plätze nach oben gestiegen ist. Ein kleiner Erfolg im

Kampf gegen die Korruption. Doch das kenianische Büro von Transparency International gibt sich mit solchen Siegen nicht zufrieden.

Seit zwei Jahren steht eine Frau an der Spitze des Büros in Kenia. Gladwell Otieno, klein und quirlig, zählt in Kenia zu den Frauen, deren Stimme Gewicht haben. Sie gehört zu den Hoffnungsträgern der kenianischen Gesellschaft: Im Ausland studiert, nicht verbandelt mit der politischen Mafia im Land, kämpferisch, jung und intelligent. Die Arbeit habe sich in den vergangenen Jahren verändert, sagt sie. Es sei einfacher geworden. Die neue Regierung lege ihnen bei der Arbeit keine Steine mehr in den Weg. Unter dem Regime von Daniel Arap Moi gab es immer wieder Ärger für die Institution: Zum Beispiel als Transparency im Jahr 2001 den „Harambee-Report“ veröffentlichte. Harambee ist eine kenianische Tradition, bei der für gemeinnützige oder private Zwecke gesammelt wird. Ist jemand gestorben, veranstalten die Verwandten des Toten eine Harambee-Feier. Sie laden Freunde, Bekannte und Nachbarn des Verstorbenen ein. Jeder, der zum Fest kommt, gibt eine Kleinigkeit, um dem Toten eine würdige Bestattung zu ermöglichen. Harambee-Feste werden aber auch veranstaltet, wenn eine Dorfgemeinschaft eine Schule, ein Krankenhaus oder ein Gemeindezentrum errichten will. Jeder trägt etwas zum Bau bei, entweder Geld, Material oder Arbeitskraft. Diese kenianische Tradition wurde von Moi und anderen Politikern jahrzehntelang missbraucht. Transparency publizierte, an wie viel Harambee-Feiern ein Politiker teilgenommen hatte. Besonders vor den Wahlen stieg die Zahl der Festivitäten und damit der Spendensummen. Die Spendengelder stammten nicht etwa aus dem Privatvermögen der Politiker, sondern aus Steuergeldern, die hinterzogen wurden. Mit diesem Geld unterstützten Politiker bestimmte Organisationen, Gruppierungen oder Bauvorhaben der Gemeinden. Von den Beschenkten erwarteten sie im Gegenzug Stimmen bei den Wahlen.

Als Transparency International im Bericht diese Praktiken offen legte, dabei die Namen der Politiker nannte und die Summen, die geflossen waren, wollte Präsident Moi die Publikation dieser Studie verhindern. Er versuchte den damaligen Leiter des kenianischen Büros, John Githongo, unter Druck zu setzen. Doch das misslang. Zu groß, zu international war inzwischen die Koalition gegen Korruption geworden.

Mit den Versuchen der Mächtigen unliebsame Informationen zu unterdrücken, rechnet Gladwell Otieno heute nicht mehr. Im Gegenteil, sie wolle mit der Regierung, mit den Parlamentariern zusammen arbeiten. In den knapp zwei Jahren nach dem Regierungswechsel sei allerdings noch nicht genug geschehen. Es reiche bei weitem nicht aus, einfach nur Personal auszuwechseln. Gladwell Otieno fordert, dass Beamte und Angestellte wie Richter, Polizisten, Lehrer geschult werden. Sie alle müssten erst lernen,

dass auch die sogenannte „petit corruption“, also die Annahme kleiner Bestechungssummen, verwerflich sei. Dann erst könne man auch die „grand corruption“, die großen Korruptionsskandale, effektiv bekämpfen. Aber auch Politiker müssten zeigen, dass sie ernsthaft daran arbeiten, Bestechung in den eigenen Reihen auszurotten. Sie hätten Vorbildfunktion für das Volk.

„Der Kampf gegen Korruption“, sagt sie, „muss an beiden Fronten geführt werden und schnell gehen, bevor sich die alten Netzwerke wieder neu bilden.“ Das Ausland könne den Widerstand unterstützen, aber in erster Linie müssten die Kenianer selber gegen Bestechung angehen. Und Transparency Kenya will das unterstützen. Es werden regelmäßig Broschüren veröffentlicht, zum Beispiel der „Kenya Bribery Index“, also der kenianische Gradmesser für Bestechung. Jeden Monat erscheint „Adili“, eine Zeitung, in der über Korruption berichtet wird. Außerdem veranstaltet Transparency International Diskussionsrunden zu aktuellen Themen wie der Verfassungsänderung, die Kibaki zwar versprochen, aber noch nicht realisiert hat. Inzwischen ist Transparency International in Kenia zu einer bekannten Institution geworden. Gladwell Otieno und noch mehr ihr Vorgänger John Githongo sind für die Kenianer zu wahren Kämpfern gegen die Korruption geworden.

## **5. A mission impossible –**

### **John Githongo, der König der Korruptionsbekämpfer**

John Githongo ist ein viel beschäftigter Mann. Obwohl das Interview monatelang angemeldet war, gibt es keine Chance auf einen Gesprächstermin mit ihm in Nairobi. Nicht nur in den kenianischen Medien wird er als der Zar oder König im Kampf gegen Bestechung beschrieben, auch das Volk vertraut ihm, ausländische Diplomaten stehen hinter ihm. Ihn in seine Regierungsmannschaft aufzunehmen, war ein geschickter Schachzug von Präsident Kibaki.

Im Januar 2003, schon bald nach der Wahl, stellt Mwai Kibaki diejenigen vor, die in den nächsten vier Jahren das Land regieren sollen. Es sind Politiker der verschiedensten Parteien, mit den unterschiedlichsten Vorgeschichten, aus allen möglichen ethnischen Gruppen, die in Kenia vertreten sind. Einige stoßen nur bei ihren Parteigenossen oder beim eigenen Volksstamm auf Gegenliebe, andere wiederum haben die Zustimmung der breiten Masse hinter sich. Zu den letzteren gehört auch John Githongo. Der Präsident hat ihm wohl auch deswegen eines der wichtigsten Ämter in der Regierung zgedacht: Er soll der oberste Korruptionsbekämpfer im Staat Kenia werden, seine Abteilung heißt „Department for Governance and Ethics“, also frei übersetzt „Abteilung für Gute Regierungsarbeit und Ethik“.

John Githongo ist zu diesem Zeitpunkt 37 Jahre alt, ein Hüne mit einem breiten Kreuz – und das wird er bei seinem neuen Job auch brauchen. Noch aber ahnt er nur, was auf ihn zukommen könnte. Die Berufung sei für ihn ein regelrechter Schock gewesen, erzählt er Journalisten. Er habe doch immer gegen die Herrschenden und ihre Praktiken angeschrieben, plötzlich gehöre er dazu und solle aufräumen.

Eine große Aufgabe, das weiß John Githongo nur zu gut. Schließlich ist er in Sachen Korruptionsbekämpfung kein unbeschriebenes Blatt.

Fünf Jahre lang leitet er das kenianische Büro von Transparency International. Doch schon vorher prangert er die Missstände im Land an. Gefürchtet sind seine wöchentlichen Kolumnen in der Tageszeitung „The East African Standard“. Darin greift er furchtlos auch die Mächtigen an. Damals erfährt er auch, was es heißt, öffentlich gegen Bestechung und Seilschaften der Politiker anzugehen. Sie versuchen ihn zu kaufen, drohen ihm, wollen ihn einschüchtern. Doch Githongo bleibt hart. Die Angst vor der Obrigkeit, die viele Kenianer während der Moi-Ära haben, ist ihm ein Gräuelf. Er ist anders aufgewachsen: Liberal erzogen, ehrgeizig und zielstrebig, gut ausgebildet. In Wales hat er Ökonomie und Philosophie studiert. Danach hat er sein Geld als Berater verdient – auf ehrliche Weise, wie er betont. Irgendwann in dieser Zeit trifft er Peter Eigen, damals Direktor der Weltbank in Nairobi. John Githongo wird dessen Musterschüler. Ein Kenianer der Mittelschicht, dem Luxus nicht alles bedeutet. Ein Mensch, der unbestechlich ist und Willenskraft besitzt. Vielen Mächtigen ist er ein Dorn im Auge. Mit Schrecken verfolgen sie den Aufstieg des Korruptionsbekämpfers. Im Frühjahr 2003 beginnt dann, was vor kurzem mit John Githongos Rücktritt endete: Das gefährliche Spiel um Macht und Geld, um Lüge und Wahrheit.

Nach der Regierungsbildung zieht John Githongo in sein neues Büro im State House ein. Er ist direkt dem Präsidenten unterstellt. Es heißt, die Tür zu Mwai Kibaki würde ihm jederzeit offen stehen. Die internationale Gemeinschaft, die Moi zuletzt finanziell boykottiert hatte, öffnet ihre Geldbeutel wieder ein wenig – nicht zuletzt weil Leute wie Githongo die neue Regierung glaubwürdig erscheinen lassen. Er selbst kommt mit seinem Kampf gegen die Korruption nur langsam voran. Trotzdem verteidigt er die Regierung – noch. Die Aufgabe sei schwer. Zu tief sei die Korruption in allen Bereichen des kenianischen Alltags verwurzelt. Unter Moi sei sie zum Lebensstil, für einige sogar zum Überlebensstil geworden, sagt John Githongo. Viele Angestellte wurden so schlecht entlohnt, dass sie ihre Familien ohne Schmiergelder nicht ernähren konnten. So verkauft der Hochschulprofessor Diplome, der Polizist Führerscheine, der Zollbeamte Exportlizenzen und der Arzt Behandlungstermine. Vor den Krankenhäusern sterben immer noch Menschen, die kein Geld haben, eine Behandlung

zu zahlen. Sie schreien vor Angst und Schmerzen, aber ohne Bares kein Erbarmen. Diese Bilder sind es, die John Githongo antreiben.

Er unterscheidet zwischen der großen und der kleinen Korruption. „Petit Corruption“ sei es, wenn sein Schreibtisch das Doppelte des handelsüblichen Preises gekostet hätte. „Grand Corruption“ oder kriminelle Abzocke sei es, wenn der Schreibtisch gar nicht dort stehen würde, aber abgerechnet worden wäre. Genau gegen diese Korruption will John Githongo etwas tun. Seine Gegner wissen das nur zu gut. Einige sitzen in der Regierung wie er. Deswegen muss Githongo geschickt vorgehen: Informationen, die eigentlich in irgendwelchen Schubladen verschwinden sollten, lanciert er an die Presse. Er versucht, Seilschaften zu entwirren und Amtsmissbrauch offen zu legen. Sein Archiv über die Machenschaften der Mächtigen ist seine Waffe gegen die Korruption, eine andere die Öffentlichkeit, die ihn unterstützt. Hinzu kommen die ausländischen Vertreter, die Githongo den Rücken stärken.

Im Herbst 2004: Die Regierung ist fast zwei Jahre an der Macht. Noch immer wird bestochen, geschmiert, gekungelt und verschwiegen. Noch immer sitzen die „alten“ Politiker in der neuen Regierung. Noch immer ermittelt der Goldenberg-Ausschuss. Da erschüttert ein neuer Skandal Kenia: Die Verwicklungen um die Firma „Anglo Leasing“. Die sollte neue, fälschungssichere Pässe für 10 Millionen Dollar drucken. Die Kosten stiegen. Zum Schluss sollte der Preis bei 34 Millionen Dollar liegen. Die zuständigen Staatsdiener strichen anscheinend eine Provision von 1,3 Millionen Dollar ein. Bis heute ist nicht geklärt, wo die Geschäftsführung der Firma sitzt, wer an den Geschäften wirklich beteiligt war, und warum die Firma nie ein Angebot abgegeben hatte, als der Auftrag ausgeschrieben wurde. Verstrickt in den Skandal sind jetzt auch Politiker, die bisher als unbestechlich galten. Entlassen werden aber nicht sie, sondern die zuständigen Staatssekretäre. Da der Deal auffiel, bevor allzu viel Geld fließen konnte, wird er von den betroffenen Ministern heruntergespielt.

Etwa zur gleichen Zeit spielt sich im State-House ein Kleinkrieg ab. Die so genannte Mount-Kenya-Mafia, die sich um den gesundheitlich angeschlagenen Präsidenten formiert hat, versucht John Githongo aus der Nähe Kibakis zu vertreiben. Er soll nicht mehr dem Präsidenten direkt unterstellt sein, sondern dem Justizministerium. Dahin soll Githongo auch sein Büro verlegen. Doch die Botschafter, vor allem der amerikanische, machen der Mount-Kenya-Mafia einen Strich durch die Rechnung. Die Diplomaten drohen damit, dass für Kenia auch in Zukunft keine Gelder fließen werden, sollten sie die Arbeit des Korruptionsbekämpfers Githongo behindern. Schnell wird der Plan verworfen. Githongo bleibt im State-House. Doch seine Macht ist beschränkt, sein Kampf scheint ihm selber wohl aussichtslos.

Im Februar 2005 kehrt John Githongo von einer Dienstreise nach London nicht mehr zurück. Er erklärt seine Arbeit für beendet. Was er erreichen wollte, hat er in zwei Jahren nicht geschafft. Ein Zeitlimit, das er sich selber gesetzt hatte. Seine Heimat Kenia wird er vorerst nicht wieder sehen. John Githongo wird aus Angst um sein Leben in London bleiben. Sein Rücktritt ist ein großer Verlust für alle Kenianer, die es ernst meinen mit dem Kampf gegen die Korruption.

Die USA haben bereits alle Gelder eingefroren, mit der sie die Anti-Korruptionsbehörde unterstützt haben. Deutschland wird die Entwicklungshilfe über 6,5 Millionen Dollar nicht an Kenia auszahlen, solange die Regierung ihre korrupten Minister im Amt belässt.

Die britische Regierung will diese Minister und ebenso bestechliche Geschäftsleute nicht mehr einreisen lassen.

## **6. Eine Bande von Vielfraßen – Die Mittel der Diplomatie**

Nach dem Regen glänzt alles wie neu. Es ist Anfang November. Die Luft ist frisch und angenehm warm – wie meistens zu dieser Jahreszeit in Nairobi. Das Nobelviertel der Hauptstadt liegt auf einer Anhöhe, weit genug weg von Lärm, Gestank und Müll. Auf der einen Seite des Viertels leben diejenigen, die reich geworden sind in der kenianischen Gesellschaft, also Politiker, hohe Beamte und Geschäftsleute. Auf der anderen Seite wohnen die Ausländer, Beamte der UN, der EU und Diplomaten. Seit einem Jahr ist hier auch der deutsche Botschafter Bernd Braun zu Hause. An diesem Tag hat er zehn deutschsprachige Journalisten in sein Haus eingeladen. Der Mittagstisch ist im Garten gedeckt. Schwarze Angestellte reichen Orangensaft auf einem silbernen Tablett. Man fühlt sich in die Kolonialzeit zurückversetzt. Doch es geht um die aktuellen Probleme des Kontinents. Diese Gespräche im kleinen Kreis finden öfter statt. Dabei werden Neuigkeiten ausgetauscht und Termine abgesprochen. Es wird über dies und das geplaudert, diskutiert – natürlich auch über die Korruption im Land. Ein Thema, das die europäischen Botschafter in den vergangenen Monaten immer wieder beschäftigt und aufgeregt hat.

Eigentlich ist Bernd Braun ein besonnener, ruhiger Mann, zurückhaltend freundlich. Ein Diplomat, der seine Worte abwägt, nicht voreilig reagiert. Kaum vorstellbar, dass er sich vor kurzem den Zorn des kenianischen Außenministers zugezogen hat wegen seiner deutlichen Kritik am Regierungsstil der Regenbogen-Koalition. Bei einem Empfang der deutschen Botschaft hatte Braun angedeutet, dass die kenianische Regierung den Kampf gegen die Korruption möglicherweise nicht ernsthaft genug betreibt.

Die reagiert prompt. Am Tag darauf möchte Außenminister Mwakwere den deutschen Botschafter sprechen. Am Telefon schäumt er vor Wut. Erst nach einem persönlichen Treffen glätten sich die Wogen wieder.

Kritik von Ausländern an der kenianischen Regierung, dann auch noch laut und deutlich, ist unerwünscht. Die Botschafter würden sich wie Kolonialherren aufführen, lautet dann oft der Kommentar. Man könne selbständig regieren und verbiete sich jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates. Solche und ähnliche Zeilen konnte man in den vergangenen Monaten häufig lesen. Denn der deutsche Botschafter ist nicht der einzige Kritiker. Er befindet sich in edler Gesellschaft.

Sir Edward Clay, der britische Botschafter, ist bekannt für seine scharfe Zunge. Immer wieder prangert der hochgewachsene, grauhaarige Mann an, dass Präsident Kibaki sein Haus nicht in Ordnung hält. Korrupte Politiker gehören nicht an die Macht. Das hält der Brite für unanständig, nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber den ausländischen Regierungen. Schließlich unterstützen die Kenia immer wieder finanziell. Die kenianischen Machthaber hätten in 18 Monaten schätzungsweise 150 Millionen Dollar unterschlagen. Das seien 1.000 Mercedes S 350 oder 15.000 neue Klassenräume. Auszüge dieser Rede, die Edward Clay vor britischen Geschäftsleuten gehalten hatte, werden publik. Für Schlagzeilen sorgen aber nicht die Fakten, sondern ein Vergleich des Diplomaten. Die Mitglieder der kenianischen Regierung seien wie Vielfraße. Sie seien schon so überfressen, dass sie auf „unsere Schuhe erbrechen“. Die Namen der Politiker, die nicht korrupt seien, würden auf eine einzige Briefmarke passen. Die, die sich angesprochen fühlen, reagieren auf den Wutausbruch des Briten wie gehabt – wütend, harsch, alle Vorwürfe zurückweisend. Von den Ausländern will man vor allem Geld bekommen. Nur mit finanzieller Unterstützung der reichen Länder könne man die Lage in Kenia stabil halten, Armut und Krankheiten bekämpfen. Um die Rolle der Europäer in Afrika geht es auch am Mittagstisch des deutschen Botschafters.

„Wie wird die EU denn mit den Geldern für Kenia verfahren?“, fragt ein Journalist während der Kaffee gereicht wird. Die europäische Union hatte ihre finanzielle Unterstützung im Juli 2004 ausgesetzt als der „Anglo-Leasing“ Skandal öffentlich wurde. In den nächsten Tagen soll nun entschieden werden, ob die Gelder wieder fließen oder nicht. Er gehe davon aus, antwortet Bernd Braun, dass Kenia mit dem Geld rechnen könne. Die EU werde aber sicherlich Bedingungen stellen und die vorgesehenen 150 Millionen Euro nur häppchenweise auszahlen.

Die deutschen Journalisten erfahren an diesem Mittag im Garten nicht, dass Bernd Braun und fünf seiner Kollegen eine offizielle Stellungnahme

planen. Einige Tage später kann man in der kenianischen Tageszeitung „The East African Standard“ den Artikel der sechs Botschafter lesen. Bernd Braun und seine Kollegen aus Großbritannien, der Schweiz, Schweden, Kanada und den USA kritisieren darin die Regenbogen-Koalition. Sie betonen, dass sie den Kampf der Regierung gegen Korruption für wenig glaubwürdig halten. Sie fordern, mehr Mut zu wirklichen Reformen, die Untersuchung des „Anglo-Leasing“ Skandals, Bestrafung für bestechliche Beamte und die Offenlegung von Ministergehältern. Die Kenianer würden noch immer vergeblich auf die Einlösung von Wahlversprechen warten. Die Sorge um ihr Land hätte sie dazu getrieben, ausländische Freunde zu bitten, sich öffentlich zu äußern. „Dazu haben sie auch uns aufgefordert“, enden die Botschafter in dem Artikel.

Mit seiner Prognose über die EU-Gelder für Kenia hat Bernd Braun Recht behalten. Wenige Wochen nach dem Treffen im Garten redet Finanzminister David Mwiraria über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Kenia und der EU. Sein Haushalt werde in den nächsten drei Jahren von der Gemeinschaft finanziell unterstützt. Worüber der Minister nicht so gerne spricht: Es gibt tatsächlich Bedingungen. Mindestens 120 Millionen Euro sollen über vier Jahre verteilt ausgezahlt werden, wenn Fortschritte im Gesundheits- und Erziehungswesen sichtbar sind, wenn Staatseigentum privatisiert wird, wenn das finanzielle Management besser wird, wenn die Regierungsprogramme durchgesetzt werden. Die EU habe gezeigt, dass sie den Kampf der Regierung unterstützt, frohlockt David Mwiraria auf einer Pressekonferenz. Ebenfalls anwesend ist der britische Botschafter Edward Clay. Die versteinerte Mine verrät, dass seine Freude eher gedämpft ist. Die Europäer hätten sich für eine finanzielle Unterstützung des Landes nur entschieden, um die Armut zu bekämpfen, sagt er. Die Regierung müsse jetzt endlich auch etwas tun, um Armut zu verhindern und Korruption zu stoppen.

Während die Regierung noch immer zögert, das Monster Korruption anzugreifen, es im Gegenteil vielleicht sogar pflegt und füttert, sind andere im Land schon lange dabei, den „wananchi“, den Bürgern, die Angst vor dem Ungeheuer zu nehmen.

## **7. Each one teach one – Hilfe zur Selbsthilfe**

„Mama Mbonga ist Witwe und hat sieben Kinder. Sie betreibt einen Kiosk am Rande einer Landstraße. Die örtlichen Beamten drohen damit, alle Geschäfte dort abzureißen. Mama Mbonga bekommt Angst, dass ihre Einnahmequelle verschwindet und zahlt den Beamten ein Bestechungsgeld

von 500 kenianischen Schilling im Monat (50 Euro). Die anderen Kioske werden niedergerissen – nur ihres bleibt verschont.“

In dem schäbigen Konferenzraum sitzen dreißig Erwachsene. Gerade haben sie die Geschichte von Mama Mbonga gehört. Sie diskutieren. Was hätte die Witwe anders machen können? Sie muss doch ihre sieben Kinder ernähren. Hätten nicht alle Kioskbesitzer gemeinsam, den Abriss ihrer Geschäfte verhindern können – ohne „kito kidogo“ – „etwas Kleines“ zu zahlen?

„Genau“, Emanuella redet sich in Fahrt, „wie damals beim Matatu-Streik, als alle Kenianer zu Fuß zur Arbeit gingen.“ „Oder kürzlich“, erinnert sich Peter, „da wollte ein Matatu-Fahrer mehr Geld von einem Fahrgast haben.“ Der habe sich geweigert. Die anderen Fahrgäste haben Beifall geklatscht. Der Fahrer war blamiert. Und alle fuhren zum gleichen festgelegten Fahrpreis.

Plötzlich fällt fast jedem aus der Gruppe ein Beispiel ein, wo sie Korruption im Alltag erlebt haben. Genau das wollen die Seminarleiter in den einwöchigen Kursen erreichen. Zunächst muss man die Korruption erkennen, dann kann man sie bekämpfen.

Die Teilnehmer sind weit gereist, um beim Demokratisierungsseminar mitzumachen. Sie kommen aus dem Norden Kenias und haben eine dreitägige Reise hinter sich. Jetzt sitzen sie in einem einfachen Hotel im Städtchen Nyahururu und frieren. Sie kommen aus der Wüste, wo es tagsüber heiß ist. In Nyahururu, Zentralkenia ist es kalt und feucht. Hier trainieren die Marathonläufer des Landes. Denn der Ort liegt über 1.500 Meter hoch. Die Luft ist dünn.

Doch Kälte und Feuchtigkeit machen ihnen nicht viel aus. Für sie ist es eine Auszeichnung, an dem Seminar teilzunehmen. Peter, Sami, Alex, Emanuella, Raphael und die anderen wurden von ihrer Dorfgemeinschaft, von Lehrern, Priestern oder Bürgermeistern für den Kurs ausgesucht. Die Kosten für Fahrt, Übernachtung, Essen, Seminarunterlagen und ein wenig Taschengeld übernimmt das ökumenische Zentrum für Frieden und Gerechtigkeit. Finanziell getragen wird die Einrichtung von unterschiedlichen christlichen oder politischen Institutionen wie z.B. der deutschen Hanns-Seidel-Stiftung.

Der Referent an diesem Tag ist Barasa Nyukuri, Politikwissenschaftler an der Universität Nairobi. Eigentlich redet er über Demokratie. „Aber in jedem Kurs“, bestätigt er, „wird auch über Korruption diskutiert. Egal, ob es um Menschenrechte, Justiz oder Demokratie geht. Dieses Laster ist in allen Lebensbereichen gegenwärtig. Es ist immer da.“

Heute will Barasa Nyukuri darüber sprechen, was man gegen Bestechung unternehmen kann. „Ihr dürft das nicht hinnehmen und dulden“, instruiert er die Seminarteilnehmer. „Ihr müsst fragen, fragt, wo das Geld bleibt, dass

euch und eurer Gemeinschaft zusteht. Ihr kommt aus dem Samburu Distrikt. 600 Millionen Euro stehen dem Bezirk zu. Wo bleibt all das Geld? Etwas davon gehört auch den lokalen Verwaltungen“, erklärt Barasa. „Ja“, bestätigt ein älterer Mann, „bei uns sollte eine Brücke für 2.000 Euro gebaut werden.“ „Und, wo ist diese Brücke?“, fragt Barasa ihn. „Du weißt es nicht, stimmt’s? Ihr müsst zu den Zuständigen der Lokalverwaltung gehen und fragen, wo die Brücke ist, wo das Geld dafür geblieben ist, versteht ihr.“ „Aber“, wirft ein anderer Teilnehmer ein, „wie soll ich an diese Informationen kommen? Ich wohne in der Wüste, habe weder Telefon noch Internet.“ Auch für solche Probleme weiß der Politikwissenschaftler eine Lösung. „In diesem Seminar sitzen dreißig Leute“, sagt Barasa, „und ihr kommt alle aus der gleichen Gegend. Teilt euch die Aufgaben, bildet Netzwerke. Es nützt nichts alleine zu kämpfen. Wer ein Telefon hat, holt die Informationen ein. Wer gut reden kann, geht zu den Verantwortlichen. Wer schreiben kann, verfasst einen Brief an die Regierung. Ja, auch das ist euer Recht,“ klärt Barasa seine Zuhörer auf. „Über Missstände in euren Distrikten solltet ihr auch die Regierung informieren. Ebenso nützlich kann es sein, die Presse einzuschalten.“

Langsam aber sicher sind die Teilnehmer überzeugt. Sie fragen nach, erkundigen sich nach ihren Rechten, wollen Tipps, wie sie in konkreten Fällen vorgehen sollen. Barasa hat sie mitgerissen. Lange, zu lange haben sie nur zugeschaut, alles mit sich machen lassen, gewartet, dass die Regierung oder die lokalen Verwaltungen Missstände ändern. Erst der Politikwissenschaftler hat ihnen klar gemacht, dass sie selber auch Möglichkeiten haben, etwas zu bewirken. Mit dieser neuen, sehr aufbauenden Erkenntnis gehen sie in die Mittagspause. Bei Hühnchen, Chapati und Reis werden Ideen ausgetauscht, Projekte besprochen, Ungerechtigkeiten angeprangert. Die ersten Kontakte zwischen den Teilnehmern sind schon geknüpft. Die Netzwerke beginnen sich zu bilden. Barasa Nyukuri ist sehr zufrieden. Genau das wollte er doch erreichen.

Früher war es viel schwieriger, diese Seminare zu geben. Der Politikwissenschaftler spricht aus Erfahrung. Zu Moisis Zeiten wurden die Kurse heimlich abgehalten. Ab und zu saßen Spitzel der Regierung unter den Teilnehmern. „Alle waren sehr vorsichtig, denn trauen konnte man im Prinzip niemandem. Wie sollte man da den Menschen beibringen, gemeinsam für eine Sache zu kämpfen“, erinnert er sich. Moi hat es in den 24 Jahren seiner Herrschaft nicht nur verstanden, Individuen gegeneinander auszuspielen, sondern auch ganze Volksstämme. In Kenia ist das nicht weiter schwierig, denn die meisten der 42 ethnischen Gruppen sind heillos zerstritten. „Schwierig war es und ist es“, sagt Barasa, „den Teilnehmern beizubringen, dass die Kenianer ein Volk sind, dass wir alle – über die Stammesgrenzen hinaus – zusammenhalten müssen.“

Enttäuscht ist der Mittdreißiger über die neue Regierung. „Wir wollten ein Vorbild sein“, gibt er zu Bedenken. „Wir sind nach Simbabwe gefahren, haben den Leuten dort erzählt, wie wir den Wechsel geschafft haben. Jetzt sind wir blamiert, da unsere Regierung noch immer untätig und korrupt ist.“ Der Gong ertönt, die Mittagspause ist vorbei. Barasa Nyukuri steht auf. Er muss in den Seminarraum zurück. Seine Mimik, seine Haltung und sein Gang drücken aus, was er denkt: Wir lassen uns nicht unterkriegen. Der Kampf für Demokratie und Gerechtigkeit wird weitergehen. Er zumindest scheint entschlossen.

„Die Zukunft der Demokratie in Kenia“ heißt die Broschüre, mit der in den Seminaren gearbeitet wird. Jede Kleingruppe soll ein Kapitel daraus lesen und Fragen beantworten. Emanuella, Sami, Peter, Alex und Raphael kümmern sich um „Die Verantwortung des Bürgers“. Eine Pflicht, so steht es in dem Buch, ist es, der Korruption zu widerstehen und sie zu bekämpfen. „Wo hatten wir denn schon mit Bestechung zu tun?“, fragen sie sich. „Vielleicht als der Bezirksverwalter sich einfach das Stück Land genommen hat. Er hat es dann an jemanden weitergegeben, der viel Geld besaß. Dabei war es doch ein öffentliches Grundstück. Der Erlös hätte also in die Gemeindekasse gehen müssen. Aber war das Geld nicht doch in die Tasche des Verwalters geflossen?“ Emanuella und Peter sind sich nicht sicher. Beim nächsten Mal werden sie dem nachgehen und wenn nötig, die Presse einschalten oder ihrem Abgeordneten einen Brief schreiben. Am Abend, nach dem Tee stellt jede Gruppe vor, was sie erarbeitet hat. Dadurch sollen die Teilnehmer lernen, frei zu sprechen und ohne Angst ihre Anliegen vorzutragen. Eine Jury bewertet die Ergebnisse. An diesem Abend gewinnen Peter, Emanuella, Alex, Raphael und Sami den kleinen Wettbewerb. Morgen geht es weiter. Dann werden zwei Vertreter von Transparency International zum Thema Korruption sprechen. Am Ende der Woche sollen alle dreißig Teilnehmer so fit sein, dass sie in ihren Dörfern selber Seminare abhalten können. Denn das Motto der Veranstalter lautet „Each one teach one“.

Zwei Wochen später machen sich Silas Bururia und Pfarrer Michael auf den Weg in den Norden. Die beiden sind vom Zentrum für Frieden und Gerechtigkeit und werden die ehemaligen Kursteilnehmer bei ihrem ersten eigenen Seminar unterstützen.

## **8. We too – Wie sich eine Dorfgemeinschaft für Demokratie einsetzt**

Schon einen Tag sind die beiden Männer unterwegs. 300 Kilometer haben sie heute im Minibus zurückgelegt – von Nairobi vorbei am fruchtbaren Rift Valley in die Wüstenlandschaften des Nordens. Bis zum Städtchen

Maralal wollen sie noch kommen und die Chancen stehen nicht schlecht. Je weiter man sich von den großen Städten oder Touristenattraktionen entfernt, desto schlechter werden die Straßen. Oft sind es nur Schotterwege. Die Löcher sind tief, manchmal voller Regenwasser. Reifenpannen sind an der Tagesordnung. Aber jetzt ist die Stadt nicht mehr weit. 50 Kilometer noch – dann haben Pfarrer Michael und Silas Bururia das erste Etappenziel erreicht. Als Supervisoren sind sie in der kommenden Woche unterwegs.

Maralal ist eine Wüstenstadt – tagsüber heiß, nachts kühl. An der sandigen Hauptstraße hält der letzte Bus für heute. Der Pfarrer und Silas werden sofort von einigen Einheimischen umringt, die meisten sind junge Männer um die Zwanzig. „Wie war die Reise?“ „Wo übernachtet ihr?“ Dann werden Hände geschüttelt, Schultern geklopft, Termine abgesprochen. „Habt ihr auch eine Tageszeitung dabei?“, fragen sie. „Na klar.“ Silas und Reverend Michael wissen, dass die hier begehrt ist. Häufig kommen die Zeitungen nämlich erst ein bis zwei Tage später in Maralal an.

Eine kurze Pause wollen sich die beiden im Hotel gönnen, dann müssen die nächsten Tage organisiert werden. In möglichst kurzer Zeit wollen sie möglichst viele ihrer Schützlinge besuchen. Denn fast alle ehemaligen Kursteilnehmer werden in dieser Woche einen Workshop zum Thema Demokratisierung anbieten. Meistens dauern diese Kurse nur einen Tag. Und nicht alle Orte, in denen sie stattfinden, sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Der Samburu-Distrikt, in dem Silas und Pfarrer Michael diesmal unterwegs sind, besteht zum großen Teil aus trockener Wüstenlandschaft. Doch es gibt auch einige Hochplateaus, die sehr fruchtbar sind. Dort gedeiht sogar Weizen. Die meisten Einheimischen gehören zum Stamm der Samburu. Ein Hirtenvolk, das mit seinen Ziegenherden umherzieht. Verwandt sind die Samburu mit den Masai, dem wohl bekanntesten Volksstamm Kenias. Viele Samburu sind inzwischen sesshaft geworden und besitzen ein wenig Land.

Auch in Maralal begegnet man den traditionell gekleideten Samburu. Sie prägen mit ihren knallroten Tüchern, die sie wie Wickelkleider tragen, das Straßenbild. Manche treiben Ziegen vor sich her, andere sitzen am Straßenrand und verkaufen Selbstgeschnitztes. Die Haare der jungen Männer sind zu kunstvollen Zöpfen geflochten, oft rot gefärbt. An den Ohren tragen sie schwere Ringe, die die Ohrläppchen oft bis zu den Schultern hängen lassen. Die Frauen haben bunten Halsschmuck angelegt, der ihren Stand und Status symbolisiert. Tradition bedeutet ihnen viel. Oft verachten sie deswegen die so genannten westlichen Werte wie z.B. Schulbildung. Viehzucht und Jagd sind für ihr Leben oft wichtiger als Lesen und Schreiben. In den Demokratisierungskursen werden auch Samburu sein – den frischgebackenen Seminarleitern steht eine schwierige Aufgabe bevor.

130 Kilometer von Maralal entfernt, weiter Richtung Norden, werden gleich zwei Kurse stattfinden. Einer in Baragoi, einem Grenzort zum nächsten Distrikt und einer im Dorf Marti. Dorthin werden Silas und der Pfarrer morgen reisen.

Auch in Maralal soll es einen Workshop geben. Deswegen sind die Kursleiter zur Besprechung ins Hotel gekommen. Sie bekommen für die Seminare eine Aufwandsentschädigung und etwas Geld für das Mittagessen. Das wird für alle Teilnehmer vorbereitet. Denn nur wenige wohnen in der Stadt, viele werden zu Fuß kommen. Manche sind sogar mehrere Stunden unterwegs.

Am nächsten Tag geht die Reise weiter nach Baragoi. Laut Karte sind die 130 Kilometer bis zur Stadt geteert, doch der Pfarrer weiß es besser. Schon einmal ist er bis ans Ende der Samburu-Region gefahren. „Mindestens fünf Stunden werden wir brauchen“, bereitet er seinen Begleiter Silas auf die Tortur vor. „Hoffentlich sind wir vor Anbruch der Dunkelheit in der Stadt, Überfälle sind nämlich an der Grenze zum Turkana-Gebiet keine Seltenheit“, erzählt der Pfarrer. Die Turkana und die Samburu streiten sich ums Land. Ein Bus mit über zwanzig Passagieren, die ihr Hab und Gut mit sich führen, ist eine zusätzliche Beute auf beiden Seiten.

Endlich rumpelt der Bus los. Völlig überladen ist das Gefährt und wohl auch nicht ganz in Ordnung. Schon nach fünf Kilometern bleibt es das erste Mal liegen. Sitze werden ausgebaut, Ölwannen begutachtet, Schrauben angezogen und wieder gelöst. Irgendwann läuft der Bus, zumindest für die nächsten dreißig Kilometer. Die Reise dauert dann zehn Stunden, der Bus bleibt viermal liegen, der Fahrer ist mit dem großen Vehikel völlig überfordert. „Den Berg hoch zu kommen sei etwas schwierig. Also bitte aussteigen.“ Zweimal müssen alle Passagiere raus aus dem Bus und die Berge zu Fuß erklimmen.

Wo eine geteerte Straße sein sollte, reihen sich die Schlaglöcher aneinander. Der Reverend gibt folgende Anekdote zum Besten:

„Ein afrikanischer Minister besucht seinen Kollegen in China. Der Afrikaner ist erstaunt, dass der Chinese in kurzer Zeit sehr reich geworden ist. Daher fragt der afrikanische Minister seinen Gastgeber: „Wie bist Du zu alldem gekommen?“ Der chinesische Minister lacht, macht eine kurze Pause und antwortet: „Schau nach draußen, siehst Du die Straße dort?“ „Welche?“ , fragt der Gast. „Diese da hinten“, antwortet der Chinese, „ich habe 10% der Gelder, die für die Straße bestimmt waren, behalten. Damit habe ich meinen Reichtum finanziert.“ Als der chinesische Minister seinen afrikanischen Kollegen einige Zeit später besucht, ist er schockiert von dem wahnsinnigen Reichtum des Ministers. Der Afrikaner sagt strahlend: „Ich habe viel von Dir gelernt. Siehst Du diese Straße?“ Der Chinese guckt und guckt, aber er

kann keine Straße entdecken. „Verschwende nicht Deine Zeit“, antwortet der afrikanische Minister, „es gibt keine Straße. Ich habe 90% der Gelder behalten, die für den Bau bestimmt waren. So bin ich zu meinem Reichtum gekommen.“

„So ist das hier in Kenia“, regt sich der Pfarrer auf. „Immer und immer wieder werden die einfachen Menschen betrogen. Weil es keine geteerten Straßen gibt, verbringen sie Stunden im Bus. Von dem Geld für die Straßen kaufen sich unsere Politiker ihre neuen, schnellen Autos, ihre großen Häuser.“ „Die Politiker in Nairobi interessiert der Samburu-Distrikt nicht“, fügt Silas hinzu. „Hier leben zuwenig Menschen.“

Es regnet, als Silas am nächsten Tag in Marti ankommt. Die Straße ist aufgeweicht, überall steht das Schlammwasser. Ungefähr 1.000 Menschen leben hier. Sie sind arm. Ihre Häuser sind aus Lehm, der Ertrag ihrer Ernten reicht gerade, um zu überleben. Ziegen weiden am Rande des Dorfes auf kargen Wiesen. Es gibt keinen Strom, kein fließendes Wasser, kein Telefon. Was in der Welt, was in ihrem Land geschieht, erfahren die Bewohner über das Radio – solange die Batterien reichen. Kinder spielen in den Pfützen, ihre Kleider sind zerrissen, Schuhe haben sie nicht. Einigen Kindern sieht man an, dass sie krank sind: Die Nasen laufen und die Augen sind entzündet.

In Marti gibt es einen Gasthof und eine Kirche aus Wellblech. Dort werden in der Woche die Kinder unterrichtet, doch heute drücken zwanzig Erwachsene die Schulbänke. Vorne steht der Bürgermeister von Marti und redet über Korruption. Er hat das Demokratisierungsseminar in Nyahuru mitgemacht. Viele jüngere männliche Dorfbewohner sind gekommen, aber auch einige alte Männer und ein paar Frauen. Drei oder vier Samburu sitzen in ihren traditionellen roten Wickelkleidern in der dunklen Kirche.

Alle halten die Broschüre über „Das Monster Korruption“ in der Hand. Den Inhalt versteht wahrscheinlich kaum jemand. Manche können zwar lesen, aber nur die wenigsten beherrschen die englische Schriftsprache. „Das ist ein Problem“, gibt Silas zu. „Eigentlich müssten wir die Broschüren auch in Kisuaheli – der offiziellen Landessprache – herausgeben. Das kostet aber sehr viel Geld. Manche Verfasser können nämlich nur Englisch. Das würde bedeuten, man müsste alle Broschüren in zwei Ausführungen drucken.“

Der Bürgermeister vorne an der Tafel spricht in der Sprache der Samburu. Alle hören zu, ab und zu werden Fragen gestellt. Jemand beschwert sich über den zuständigen Abgeordneten im Parlament. „Er hat uns versprochen, dass Wasserleitungen bis ins Dorf gelegt werden, darum haben wir ihn gewählt.“ Nach den Wahlen ist er nach Nairobi gegangen und hat sich seitdem nicht mehr im Dorf blicken lassen. Etwas ratlos blickt der Bürgermeister Silas an. „Was soll man in einem solchen Fall raten? Was können die Dorfbewohner tun?“ Silas erhebt sich. „Ihr solltet einen Brief an ihn schreiben“, sagt er.

„Erinnert ihn an sein Wahlversprechen, möglichst alle Dorfbewohner sollen den Brief unterschreiben. Einen anderen Brief könnt ihr an den Präsidenten schicken. Er soll wissen, was in Marti geschieht.“ „Außerdem“, fährt er fort, „erkundigt euch in Baragoi und in den Nachbardörfern nach dem Abgeordneten. Tut euch mit all denen zusammen, die auch unzufrieden sind.“ Die Dorfbewohner nicken. „Ihr seid die Wähler, denkt daran.“

„Immer wieder“, erzählt Silas“, werden die Dorfbewohner von Politikern aus ihrem Wahlkreis unter Druck gesetzt. Entweder drohen diese Politiker, dass den Bewohnern etwas Böses geschieht, sollten sie das Kreuz auf dem Wahlzettel an der falschen Stelle machen oder sie bekommen Geld für ihre Stimme.“ „Das ist aber noch nicht alles“, mischt sich der Bürgermeister des Dorfes ein. „Politiker beauftragen Agenturen, um den vielen Analphabeten bei der Wahl zu helfen. Wo das Kreuz dann gemacht wird, das kann man sich denken. Noch schlimmer wird es“, berichtet er, „wenn Politiker die Krieger der Samburu für ihre Zwecke kaufen. Die drohen dann den anderen Dorfbewohnern z.B. mit Vertreibung aus ihren Häusern, wenn sie ihre Stimme nicht dem „richtigen“ Mann geben.“

Besonders die älteren Dorfbewohner kennen das alles zu gut. Aber auch die jungen haben unter Traditionen zu leiden, die aus dem Ruder laufen. So gibt es wie in jedem Dorf, auch in Marti einen Chef. Der ist nicht, wie der Bürgermeister wegen seiner Fähigkeiten gewählt, sondern aufgrund seines Alters automatisch zum Anführer der Gemeinschaft geworden. Diese Stellung behält er bis zu seinem Tod, egal ob er gut ist für das Dorf oder nicht. Dem Ältesten müssen alle Dorfbewohner etwas abtreten wie zum Beispiel Ziegen, Reis, Hühner oder Schnaps. Viele dieser Alten nutzen ihre Machtposition aus, um sich zu bereichern.

„Nur gemeinsam“, meint Silas, „können solche Konflikte innerhalb eines Dorfes gelöst werden.“ Der Tag in Marti geht zu Ende. In der Dorfkirche wurde viel besprochen und heftig diskutiert. Irgendwann in der nächsten Zeit wird der Bürgermeister wieder einen Kurs leiten, um noch mehr Dorfbewohner zu informieren. Eins haben die zwanzig Teilnehmer heute schon beschlossen: Ihr Abgeordneter in Nairobi wird einen Beschwerdebrief erhalten – mit dem Sammeln der Unterschriften fangen sie gleich morgen an.

Auch andere Institutionen bieten solche Kurse an, um Kenianer in den abgelegenen Städten und Dörfern über ihre Rechte zu informieren. In den Schulen steht ein Fach wie Bürgerkunde nicht auf dem Stundenplan. Diskutiert werde dort überhaupt nicht, erzählt Silas. Ein großer Fehler wie er findet.

## **9. This land is our land – Der Ndungu-Report und seine Geheimnisse**

Irgendwo, an einem geheimen Ort, lagert der Bericht. Wo, das will Odenda Lumumba nicht verraten. Denn der Inhalt des so genannten Ndungu-Reports ist brisant. Es geht um den Raub von Land, das eigentlich der Allgemeinheit gehört, also von öffentlichem Land. Es ist kein Geheimnis, dass die beiden Staatschefs Kenyatta und Moi, die Kenia nach der Unabhängigkeit regiert haben, die meisten Ländereien besitzen. Und auch der neue Präsident Mwai Kibaki ist Großgrundbesitzer. Woher dieser Reichtum stammt, ist allen klar: Sie haben öffentliches Land gestohlen, für viel Geld verkauft oder einfach behalten.

Im Ndungu-Report müssen also bedeutendere Details stehen. „Ja“, bestätigt Odenda Lumumba, „wir haben so umfassend über das „Land Grabbing“ recherchiert wie noch niemals zuvor.“ Er selber saß in der Kommission unter dem Vorsitz von Richter Ndungu. „Sechs Monate haben wir zusammengetragen, was wir bekommen konnten und haben Vorschläge ausgearbeitet, wie man „Land Grabbing“ in Zukunft verhindern könnte“, sagt Odenda Lumumba. Er sitzt in seinem Büro in Nakuru, der drittgrößten Stadt Kenias. Eigentlich arbeitet er für die „Kenya Land Alliance“. Die Organisation setzt sich für eine gerechte Verteilung und Verwaltung des Landes ein. Im Auftrag der neuen Regierung haben sich verschiedene Experten und Wissenschaftler an die Arbeit gemacht und nachgeforscht, wer Land unter welchen Bedingungen bekommen bzw. genommen hat. Präsident Kibaki selber hat die unabhängige Kommission Anfang 2004 ins Leben gerufen. „Im Juli waren wir fertig mit dem Bericht“, sagt Odenda, „und haben ihn dem Präsidenten übergeben.“ Seitdem ist nichts passiert. Das ein oder andere Detail ist veröffentlicht worden, der Report als Ganzes bleibt unter Verschluss.

„Es war sehr schwierig an Informationen zu kommen“, berichtet Odenda über die Arbeit. Untersucht haben Odenda Lumumba und seine Kollegen die illegale und irreguläre Aneignung von öffentlichem Land im Zeitraum zwischen 1962 und 2004. Zu den öffentlichen Ländereien in Kenia zählen Wälder, Parks, Naturschutzgebiete und Tierschutzreservate, außerdem Gebiete, die für allgemeine Zwecke gebraucht werden, also für das Militär, für Gefängnisse, Polizeistationen. Zusätzlich besitzen die Lokalverwaltungen Grundstücke, die sie treuhändlerisch verwalten. Die können zum Bau von Schulen oder Krankenhäusern genutzt werden. Zudem existiert Land, auf dem Ministerien gebaut werden, Stadtverwaltungen, Straßen usw.

„Bei unseren Untersuchungen“, berichtet Odenda, „haben wir viele Ungereimtheiten entdeckt.“ Das geht von Korruption über kriminelle Machenschaften bis hin zu Machtmissbrauch. Der Staat agiert als Vermittler

von Land, das aber für die Allgemeinheit bestimmt ist. Undurchsichtige Strukturen werden von den Regierenden missbraucht, um sich selber Land anzueignen. „Ein Verlust für die Bevölkerung in Höhe von mehreren Millionen Dollar. Er ist jedenfalls um ein vielfaches höher als beim Goldenberg-Skandal“, ereifert sich Odenda.

Um Grund und Boden gibt es in Kenia fast täglich Streit. Das Örtchen Gilgil zum Beispiel wird immer wieder von Masai-Kriegern besetzt. Vor Urzeiten gehörte das Land ihnen. Seit Jahrzehnten siedeln dort Farmer, die ebenfalls behaupten, dass sie auf dem Land ihrer Väter leben. Geschichten wie diese wiederholen sich. Land ist knapp in Kenia und die Bevölkerung wächst. Ohne ein kleines Fleckchen Erde könnten viele Kenianer nicht überleben. Manche nutzen sogar die schmalen Straßenränder in den Großstädten, um dort etwas Gemüse für sich und ihre Familien anzupflanzen. Erst wenn man das weiß, kann man ermessen, wie kostbar Grundbesitz in Kenia ist, und wie groß die Schuld derjenigen, die sich einfach bedienen.

Auch den Firmen, die öffentliches Land annehmen, gibt der Ndungu-Report eine Mitschuld. „Diese Investoren kurbeln die korrupte Maschinerie des Staates weiter an“, sagt Odenda. Manche Firmen kaufen von Politikern Grund und Boden, der nicht in deren Privatbesitz ist, sondern dem kenianischen Volk gehört. So werden nicht nur Grundstücke an Firmen verkauft, auf denen Schulen entstehen könnten, sondern auch Naturschutzgebiete oder Tierreservate, die eigentlich vom „Kenya Wildlife Service“ verwaltet werden sollten. „Land Grabbing“ hat viele Gesichter. Ganz besonders darunter zu leiden haben diejenigen, die in Kenia zu ethnischen Minderheiten gehören. Selten haben sie den Rückhalt eines Politikers oder eine Stimme in der Öffentlichkeit.

Zu einer solchen Minderheit gehören auch die Ogiek. Direkt neben dem Büro von Odenda Lumuba und seiner „Kenya Land Alliance“ sitzt die Interessensvertretung dieser Gemeinschaft. Joseph Sang ist einer der Sprecher und selber Ogiek. Seine Leute leben in den Wäldern rund um Nakuru in Zentralkenia. Zu ihrem Stamm gehören 14.000 Menschen. Sie ernähren sich von der Jagd, sammeln Wildkräuter und sind berühmt für ihren Waldhonig. Den gewinnen sie aus Bienenstöcken, die in den höchsten Baumkronen des Mau-Waldes zu finden sind. Manche Ogiek besitzen gar kein Land. Sie sind Sammler und Jäger geblieben, erzählt Joseph Sang. Andere haben in den Mau-Wäldern ihre Hütten und ein kleines Stück Land, auf dem sie Vieh halten und Gemüse züchten. Das sei Zerstörung des Urwaldes, argumentierte die Moi-Regierung. Man müsse die Umwelt vor den Ogiek schützen. Der Mau-Bergwald steht in Kenia unter Naturschutz. Aber das hinderte Präsident Moi und andere Politiker nicht daran, Waldstücke an Holzunternehmen oder Teeplanzer zu verpachten. „Mois Sohn, der auch

in der neuen Regierung mitmischt, besitzt ebenfalls mehrere Hektar Land im Mau-Wald“, berichtet Joseph Sang. Bis in das Jahr 2001 hinein, also bis in sein letztes Regierungsjahr, vergab Moi außerdem Waldparzellen an die landlosen Kalenjin, um deren Wählerstimmen zu bekommen. Diese ethnische Gruppe ist größer und damit auch einflussreicher als die Ogiek. Gegen die illegale Landaneignung im Mau-Wald klagen die Ogiek seit Jahren vor den kenianischen Gerichten. Sie wehren sich gegen die Abholzung des Urwaldes durch Holzunternehmer, gegen die Brandrodung durch Teeplanzer und gegen die Ansiedlung von anderen Stämmen, die Weideland, aber keine Wälder brauchen. 60.000 Hektar Wald hat die damalige Moi-Regierung schon zerstört. Sang zeigt auf eine Luftaufnahme der Mau-Region. Überall zwischen den dunkelgrünen Farben des Waldes sind helle Flecken zu erkennen. „Das sind entweder Teeplantagen, nicht wieder aufgeforstete Kahlschläge oder Weideland der Kalenjin“, erklärt er. „Land Grabbing“ zerstört nicht nur die Umwelt, sondern auch das Zusammenleben der Kenianer. Denn zwischen den Kalenjin und den Ogiek kommt es immer wieder zu Kämpfen. Beide glauben, dass ihnen das Land gehört. Die einen, weil sie schon immer da waren. Die anderen, weil sie das Land von der alten Regierung bekommen haben.

„Wir haben auch nach Lösungen für diese Probleme gesucht“, sagt Odenda Lumumba, „einfach ist das nicht. Alle Verträge, die zwischen Politikern und Firmen oder Einzelpersonen geschlossen wurden, in denen es um die Vergabe von öffentlichem Land geht, sollten widerrufen werden. Sie alle müssen neu geprüft und danach verhandelt werden.“ Außerdem wird im Ndungu-Report empfohlen, eine unabhängige Kommission zu gründen. Sie soll aus Experten bestehen, die nicht im Dienste des Staates stehen. Diese soll Verträge prüfen und Empfehlungen zu Konfliktlösungen erarbeiten.

„Die Regierung sollte gestohlenen öffentliches Land sofort zurückgeben, damit es endlich genutzt werden kann z.B. um die Infrastruktur des Landes endlich zu verbessern. Und, auch wenn es hart ist und ein bisschen Zeit braucht“, sagt Odenda Lumumba, „die Geschäfte, Kioske, Häuser, die auf öffentlichen Grundstücken geduldet werden, müssen verschwinden. Meistens stehen die auf dem Land, das für den Straßenbau gedacht ist. Das wissen die Leute, und sie wissen auch, dass wir dringend neue Straßen brauchen.“

Zum Schluss die wichtigste Forderung, Odenda hat sich in Rage geredet: „Alle Staatsdiener, die verdächtigt sind, Land gestohlen zu haben, müssen angeklagt werden. Wir müssen herausfinden, ob sie schuldig sind. Wenn ja, dann müssen sie von allen öffentlichen Ämtern zurücktreten und dürfen auch keins mehr bekommen, egal ob sie in der alten Regierung tätig waren oder in der neuen sind.“

„Das ist der Ndungu-Report“, endet Odenda Lumumba und lehnt sich im Stuhl zurück. „Es war nicht einfach, diesen Bericht an den Präsidenten weiterzugeben“, sagt er. Immer wieder waren Unterlagen verschwunden. Sein Resümee? „Oh“, antwortet er, „wir waren nicht überrascht, dass Land gestohlen wird, sondern darüber, wer alles in „Land Grabbing“ verwickelt ist. Und genau das macht den Bericht so brisant, denn die Schuldigen haben wir natürlich beim Namen genannt.“ Manchmal, gibt er zu, hat er schon Angst, dass ihm etwas zustoßen könnte, aber schweigen will er auch nicht. „In meinem Büro würden sie jedenfalls vergeblich suchen“, lächelt Odenda Lumumba. Wer „sie“ sein könnten? „Ach, da gibt es viele“, winkt er ab, „und die meisten von denen wollen ihre Machtpositionen auf gar keinen Fall verlieren.“

## 10. Do or die – Das Greenbelt Movement der Wangari Maathai

Plötzlich ist sie „everybody’s darling“. Jeder möchte mit ihr sprechen, auf jedem großen Fest ist sie gern gesehen, die internationale Presse ist angereist, um über ihre Arbeit zu berichten, und auch ihre Feinde haben nur noch Gutes über sie zu erzählen. Wangari Maathai, „die Mutter der Bäume“, soll den Friedensnobelpreis 2004 erhalten. Unter 194 Anwärtern sei sie ausgewählt worden, berichtet ihr das Nobelpreis-Komitee Anfang Oktober. Präsident Mwai Kibaki ist stolz. Schließlich hat er sie zur Vizeministerin für Umweltschutz gemacht im Januar 2003. Aus der Staatsfeindin Wangari Maathai wurde die Staatsdienerin. Den Nobelpreis reklamiert der Präsident dann auch gleich für das ganze Land. „Wir Kenianer sind geehrt worden.“

Bäume pflanzen und den Nobelpreis gewinnen? Ganz so einfach ist das nicht. Wangari Maathai hat für ihre Ideale gelitten. Sie wurde beschimpft, verprügelt, eingesperrt. Nicht weil sie Bäume pflanzte, wo eigentlich keine stehen sollten, sondern wegen ihres umweltpolitischen Engagements. Denn immer tauchte sie mit ihren Frauen vom „Green-Belt-Movement“ dort auf, wo die Regierung Land unterschlagen hatte. Wo Hochhäuser gebaut werden sollten, pflanzte sie Bäumchen. Sie stand im Weg, war hartnäckig und nahm kein Blatt vor den Mund. Der Moi-Regierung war sie ein Dorn im Auge. 30 Millionen Bäume soll das Green-Belt-Movement seit der Gründung im Jahr 1977 in Afrika gepflanzt haben.

An diesem Tag, Anfang November 2004, stehen etwa achtzig Soldaten auf einem Feld. Dieses Land am Stadtrand von Nairobi gehört der Armee. Hier stehen keine Unterkünfte, hier wächst kein Baum, kein Strauch. Das soll in einigen Minuten anders werden. Aus der Stadt sind die Aktivisten des Green-Belt-Movements angereist. Etwa zehn Leute haben sich in den VW-Bus

gequetscht, dazu jede Menge Bäumchen, die heute gepflanzt werden sollen. Auf der Fahrt zur Kaserne wird laut gelacht und gesungen. Seit einem Monat ist die Stimmung an der Basis der Bewegung großartig. Ihre Gründerin, die Professorin – wie sie Wangari Maathai nennen –, wird schließlich in wenigen Wochen den Nobelpreis entgegen nehmen. Außerdem wird sie selbst bei dieser Pflanzaktion dabei sein. Diesmal kommt sie als Ehrengast und wird feierlich empfangen. Das war früher anders, selten waren Wangari Maathai und ihre Freunde willkommen.

Eine ihrer spektakulärsten und erfolgreichsten Aktionen war die Rettung des Uhuru-Parks in Nairobi. Ende 1989 wurde bekannt, dass die Moi-Regierung im einzigen Park der Innenstadt ein Hochhaus bauen wollte, dass alle bisherigen Vorstellungen übertraf. Der so genannte Times-Tower sollte 62 Stockwerke hoch werden, ein Konferenzzentrum für 6.000 Teilnehmer beherbergen, außerdem ein Einkaufszentrum und exklusive Büros. Der Turm sollte das höchste Gebäude Afrikas werden.

Kein Wunder, dass Wangari Maathai nicht zusehen wollte, wie diese einzige grüne Lunge der Stadt verschwinden sollte. Beim obersten Gerichtshofreichte sie Klage gegen den Bau des Wolkenkratzers ein. Es folgte eine schmutzige Schlacht gegen die Professorin, angezettelt von Daniel Arap Moi und seinen Ministern. Der Times-Tower war das Vorzeigeprojekt der Regierung und Wangari Maathai bloß eine Frau, die ihre Grenzen weit überschritten hatte, wie Moi fand. Immerhin standen die Bauzäune schon, der Grundstein war ebenfalls in einer feierlichen Zeremonie gelegt worden. „Sie hat wohl vergessen, dass nach afrikanischer Sitte die Frauen vor den Männern Respekt haben sollen“, schimpfte Moi. Ihr späterer Vorgesetzter, Minister Kalonzo Musyoka, zweifelte an ihrer Zurechnungsfähigkeit, sie „habe ein Insekt im Kopf“. Das Green-Belt-Movment wurde als Tarnorganisation bezeichnet, die über Ausländer „Geld für subversive Aktivitäten“ ins Land schleuse. Wangari Maathai holte man aus ihrer Wohnung, stundenlang wurde sie verhört. Die Räume der Organisation wurden gekündigt, ein Verbot stand kurz bevor. Als Wangari Maathai auch noch – wie zu erwarten war – die Klage verlor, spitzte sich ihre Lage gefährlich zu. Andere regierungskritische Kenianer hatten schon wegen ähnlicher Anschuldigungen ihre Freiheit oder sogar ihr Leben verloren. Doch diesmal lief es nicht gut für die Regierung. Je mehr Wirbel Moi und seine Minister mit Hilfe der lokalen Presse auslösten, desto interessanter wurde die Geschichte auch für internationale Journalisten. Da das Times-Tower-Projekt 200 Millionen Dollar kosten sollte, wurde die Weltbank aufmerksam. Die kenianische Regierung war bereits mit einer Milliardensumme überschuldet, das konnte man nicht ignorieren. Auch die Gläubigerstaaten wurden aufmerksam. Schließlich kam es zum Deal: Schuldenerlass für Kenia, dafür Stopp des teuren Turmbaus. Moi schlug

ein. Knapp drei Monate später, im Februar 1992, rissen Bauarbeiter den Bauzaun wieder ab. Wangari Maathai hatte gesiegt.

„Löcher graben!“ so lautet der Befehl des Kommandanten an diesem sonnigen Freitagnachmittag. Die Soldaten haben Schaufeln in der Hand und graben eifrig Löcher in die rote Erde. Kontrolliert werden sie dabei von den Frauen des Green-Belt-Movments. Jetzt müssen die Löcher bewässert werden, Lilian hat das Kommando übernommen. Schließlich ist sie hier die Expertin. Wie viele Bäume sie in all den Jahren gepflanzt hat, weiß sie schon gar nicht mehr. Heute werden es wieder so um die Hundert sein. Endlich. Im nagelneuen Dienstwagen fährt Wangari Maathai vor. Sie strahlt über das ganze Gesicht. Ihr erster Gang führt sie nicht zum Rednerpult, sondern aufs Feld. Der Kommandeur wird förmlich begrüßt. Dann umarmt die Professorin die „alten“ Weggefährtinnen. Lilian weicht an diesem Tag nicht mehr von Wangari Maathais Seite. „Viel Zeit für Freunde hat Wangari im Moment nicht“, bedauert Lilian, „deswegen nutzen wir jede Gelegenheit, um miteinander zu reden.“

Die Friedensnobelpreisträgerin kniet bereits vor einem Loch. Wie immer ist sie mit einem traditionellen afrikanischen Gewand bekleidet. Die Kitenge ist bodenlang, diesmal leuchtet sie in Blau und Grün. Das Haarband hat die gleichen Farben. Es ist zu einer Schleife gebunden, die wie ein riesiger Schmetterling vorne auf ihrer Stirn thront. Schon hat Wangari Maathai das erste Bäumchen in der Hand. „Die Wurzeln müssen in die Erde, etwa zweifingerbreit sollte die Erde auch den Stamm bedecken“, erklärt die Professorin den Soldaten.

Hätte man ihr vor zwei Jahren gesagt, sie würde mit einer Horde Soldaten Bäume auf militärischem Grund und Boden pflanzen, sie hätte vermutlich laut gelacht. Bis dahin hatten staatliche Stellen ihre Arbeit immer behindert. Ja, sie waren sogar gefährlich für die grüne Aktivistin. Sie war grün und blau geschlagen worden bei Demonstrationen gegen unrechtmäßige Bebauung oder beim Pflanzen von Bäumen auf illegal verkauftem Land. Jetzt sitzt sie inmitten von Soldaten, die graben, pflanzen und gießen bis alle Setzlinge einen Platz auf dem Feld bekommen haben.

Danach erhebt sich auch Wangari Maathai – Erde an den Fingern und am Kleid. Zeit für ihre Rede. „Euch mit einem Baum in der Hand zu sehen, ist gut“, beginnt sie. „Was nutzt es, die Grenzen zu bewachen, wenn das Land verschwindet. Die Umwelt ist unsere Zukunft, deswegen müssen wir sie schützen. Ihr werdet sehen, dieser Boden ist fruchtbar. In wenigen Jahren wird hier ein Wald entstehen, der Euch und Eure Nachbarn erfreuen soll. Für diese Bäume, die ihr heute gepflanzt habt, müsst ihr sorgen, damit sie wachsen und gedeihen.“ Die Soldaten sitzen andächtig auf ihren Stühlen. Manche nicken, andere grinsen. Was sie wirklich denken, kann man nicht

erahnen. „Wir handeln, wenn es Hungersnöte gibt. Dann bekämpfen wir die Symptome, nicht die Ursachen. Eine der Gründe für Hunger ist nämlich die Zerstörung der Umwelt“, fährt Wangari Maathai fort. „Wenn ihr Bäume pflanzt, sorgt ihr für eine intakte Umwelt und verhindert dadurch Konflikte im Land. Irgendwann, wenn Kenia wieder grün ist, gibt es für alle genug zu essen.“ Applaus. Die Fröhlichkeit und Stärke dieser Frau wirken ansteckend. Einige Soldaten sind aufgestanden. Dann sind die militärischen Würdenträger an der Reihe. Sie loben Wangari Maathai, sie danken ihr, sie schmeicheln sich ein bei dieser Frau. Das muss ein komisches Gefühl sein für die Politikerin, die bis vor kurzem noch so heftig kritisiert wurde.

Seitdem sie in der Regierung ist, hat sie zwar keine körperlichen Attacken mehr zu fürchten, aber harsche Worte sind an der Tagesordnung. Sie erreiche nichts, sie sei politisch tot, sie solle endlich zurücktreten, fordern ihre Kritiker. Aber auch ehemalige Sympathisanten sind enttäuscht. Sie sei ein Totalausfall, behauptet ein Mitglied der „Kenianischen Arbeitsgruppe Wald“. Wahr ist, dass ihre Macht sehr beschränkt ist. Als Stellvertreterin des Umweltministers hat sie nicht viel zu sagen. Präsident Mwai Kibaki hat ihr keinerlei Entscheidungsbefugnisse erteilt. Ihre Hoffnung, selbst Ministerin zu werden, musste sie nach der Kabinettsumbildung vor einigen Monaten aufgeben. Vorgesetzt wurde ihr ausgerechnet Kalonzo Musyoka, der sie einst als geistig unzurechnungsfähig bezeichnet hatte. Zu wichtigen Terminen oder Treffen wird Wangari Maathai seitdem nicht mehr eingeladen. Auch eine Veröffentlichung des Ndungu-Berichts konnte sie nicht erreichen. Zu viele Regierungsmitglieder fürchten, dass ihre Namen darin genannt werden. Die einst mächtige Widerstandskämpferin ist in der Regierung ruhig gestellt. Da erreicht sie genau zum richtigen Zeitpunkt die Nachricht vom Friedensnobelpreiskomitee. Sie habe über Rücktritt nachgedacht, gestand sie Journalisten.

An diesem Tag bei der Armee scheint Wangari Maathai glücklich zu sein. Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll das Umweltprogramm beim Militär fortgesetzt werden. Dabei sollen 80% der Fläche, die den Streitkräften gehören zu grünen Oasen werden. 2.000 junge Bäume wurden in den vergangenen sechs Monaten schon gepflanzt. Auf solche Erfolge ist Wangari Maathai ebenso stolz wie auf ihre gewonnenen Kämpfe oder den Friedensnobelpreis. Bevor sie von den militärischen Würdenträgern zum Essen begleitet wird, geht sie noch einmal ans Rednerpult. Sie beginnt zu singen. Das sei ihr Lieblingslied, sagt sie, und wiegt sich im Rhythmus. Es ist ein Lied über ihr Land und den Stolz, darin zu leben. Die Soldaten singen leise mit, alle gemeinsam in ihrer Landessprache Kisuaheli.

## 11. Die Weißen mit der schwarzen Weste – Die Recherchen des John Mbaria

„The person you have called is temporarily not available.“ Die Anrufe auf seinem Handy bleiben unbeantwortet. Auch in seinem Büro bei der Tageszeitung „The Daily Nation“ ist John Mbaria nicht zu erreichen. Ebenso erfolglos sind die Anrufe bei ihm zu Hause. Nach Wochen endlich ist er am Apparat. Er sei unterwegs gewesen, entschuldigt er sich. Nun könne man sich aber endlich treffen. Am Besten in einem Café in der Innenstadt von Nairobi.

John Mbarai ist freier Journalist bei der beliebten Tageszeitung „Daily Nation“. Wer lesen kann, liest entweder diese Zeitung oder das Konkurrenzblatt „The East African Standard“. Am liebsten lesen die Kenianer beide.

John Mbaria wartet schon im Café. Er wirkt gehetzt. Unruhig geht sein Blick hin und her. John Mbaria sei brillant, aber schwierig, beschreibt ihn eine holländische Journalistin. „Die Korruption, über die berichtet wird, ist immer schwarz.“ Der schwächliche Mann legt gleich los. „Die schwarzen Kenianer sind die Schuldigen, die Weißen sind unschuldig.“ Das Thema scheint ihn mächtig aufzuregen. „Nehmen wir nur den Skandal im Kenia Wildlife Service, im KWS, darin ist anscheinend nur der schwarze kenianische Direktor Evans Mukolwe verwickelt.“ Tatsächlich wurde der Direktor vor wenigen Tagen entlassen.

1989 wurde der KWS gegründet. Er untersteht dem Ministerium für Tourismus. Die Organisation verwaltet die Naturschutzgebiete des Landes wie z.B. die Masai Mara oder den Samburu National Park. Neben den Stränden sind diese Parks die Touristenattraktionen des Landes und damit eine willkommene Geldquelle. Die Stellen, die der KWS zu vergeben hat, sind meistens gut bezahlt. Um genau diese geht es bei dem neuesten Skandal: Für viele junge Kenianer ist Jäger oder Wildhüter ein Traumberuf. 460 von ihnen sollten dieses Jahr in einem eigenen Trainingscamp ausgebildet werden. Zugelassen wurden sie erst nach zahlreichen Prüfungen, und wenn sie eine gute Schulausbildung nachweisen konnten. Wie immer gab es mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Doch statt der ausgesuchten 460 trafen mehr als 900 Kenianer pünktlich zum Ausbildungsbeginn im Camp ein. Die Kapazitäten waren aber mit den erfolgreichen Bewerbern schon ausgelastet und die finanziellen Mittel erschöpft. Bald kam heraus: Über die Hälfte der Ausbildungsplätze waren erkaufte. Manager des KWS sowie Abgeordnete des Parlaments hatten Aufnahmeformulare für bis zu 5.000 Euro verkauft oder an ihre Heimatbezirke, an Verwandte und Freunde verschenkt. Der Direktor Evans Mukolwe musste gehen, entlassen vom Tourismusminister.

„Klar,“ sagt John Mbaria, „dafür soll der Verantwortliche gerade stehen, aber Mukolwe war nur ein Bauernopfer. Er musste aus ganz anderen Gründen verschwinden. Das Kartell wollte ihn nicht mehr.“ John Mbaria rührt in seinem Tee. Blickkontakt vermeidet er. Lieber starrt er auf den Tisch. Ein Kartell? „Ja, das Kartell sind die weißen Kenianer, die hier geboren wurden. Sie sind selbsternannte Wissenschaftler, Doktoren, Autoren, Geschäftsleute oder adelige Landbesitzer. Sie hängen zusammen in ihren tollen Häusern oder in ihren exklusiven Clubs. Die meisten sind stolz auf ihre koloniale Vergangenheit. Aber was sie alle hervorheben, ist ihre Liebe zu den wilden Tieren. Sie betonen, wie sie versuchen diese zu retten. Obwohl einige von denen auch nichts gegen eine sportliche Löwenjagd hätten. Nur wenige schwarze Kenianer gehören dazu.“ John Mbaria rutscht auf seinem Stuhl hin und her. Er bestellt einen zweiten Tee. Jahrelang hat er sich mit dem beschäftigt, was er die „weiße Korruption“ nennt. Durch seine Artikel hat John Mbaria Legenden zum Einsturz gebracht – zumindest in Afrika. Für viele weiße Europäer ist Doktor Richard Leakey noch immer eine.

Leakey ist in Kenia geboren und aufgewachsen. Seine Eltern waren berühmte Archäologen. Er selber wurde der erste Direktor des Kenia-Wildlife-Service. Da Leakey reiche Freunde hatte, kam schnell viel Geld für die Institution zusammen. Seine Arbeit war effektiv und Staatspräsident Daniel Arap Moi sehr zufrieden. Nur ihm war Richard Leakey Rechenschaft schuldig, ansonsten wurde er nicht kontrolliert. Doch schon bald wurden die Minister eifersüchtig und starteten eine Kampagne gegen ihn. Sie überzeugten Moi und Richard Leakey wurde gefeuert. Sein Nachfolger aber bekam keine Spendengelder mehr. Richard Leakey war einflussreich genug, um die Geldströme zu stoppen. Dabei kam ihm vor allem die Freundschaft mit Harold Wackman, dem damaligen Kenia-Direktor der Weltbank zugute. Schnell hatte Leakey seinen alten Posten beim KWS wieder. Das sei aber noch harmlos, gibt John Mbaria zu Bedenken. Folgendes habe sich Mitte der 90er Jahre ereignet: Eine Tochterfirma von „Procter & Gamble“ hatte in zwei Seen des Landes Organismen gefunden, die auch in extremen Situationen überleben konnten. Bald wurden die zum Hauptbestandteil des Bleichungsmittels „Tide Alternative Bleach“, das auch für den so genannten „stone wash effect“ benutzt wird. Dieses Mittel verkaufte sich im Ausland millionenfach. Die Kenianer sahen davon keinen Cent. Sie wussten gar nicht, dass der Erfolg des Waschmittels etwas mit ihrem Land zu tun hatte. 2001 kamen unabhängige Wissenschaftler dem Geheimnis auf die Spur. Sie baten den Kenia-Wildlife-Service, zu dessen Gebiet auch die beiden Seen gehören, Anteile am Verkaufsumsatz einzufordern. Die Kenianer sollten an dem Gewinn teilhaben. Doch der zuständige Staatsanwalt und Richard Leakey weigerten sich. John Mbaria fand heraus, dass Leakey Teilhaber

in der Firma war, die diese Organismen weiterverkauft. Der Journalist recherchierte weiter und fand heraus, dass Richard Leakey auch seine Familie begünstigte. Seinem älteren Bruder Jonathan gab er die Erlaubnis „prunes africana“ zu exportieren. Das ist die Borke eines einheimischen Baums, die sehr effektiv in der Behandlung von Prostata-Krebs eingesetzt wird. Der Umsatz dieses Heilmittels betrug 220 Millionen Dollar pro Jahr, wieder gingen die Kenianer leer aus. Das Geld blieb in der Familie Leakey. In der Öffentlichkeit wetterte Richard gegen Korruption und Hinterziehung. Fast alle glaubten seinen Worten. Kaum jemand wusste, was sich hinter den Kulissen abspielte. Als John Mbaria im Jahr 2002 in der „Daily Nation“ diese Geschichten veröffentlichte, schrieb Leakey einen Brief an die Geschäftsleitung der Zeitung. Er wollte, dass der Journalist entlassen werde. „Zum Glück haben meine Vorgesetzten zu mir gehalten,“ sagt John Mbaria. Er müsse von seinem Gehalt schließlich Frau und Kinder ernähren. Doch noch ist die Geschichte um Richard Leakey und das Kartell nicht zu Ende. Sie reicht bis in die Gegenwart und John Mbaria ist nicht gewillt, den Mund zu halten. Misstrauisch blickt er sich um, rutscht auf seinem Stuhl hin und her. Im Flüsterton erzählt er weiter. Das Hauptproblem von Direktor Evans Mukolwe seien die britischen Investoren gewesen, die hätten KWS übernehmen wollen. Tatsächlich sollte der Kenia-Wildlife-Service privatisiert werden, d.h. die Naturschutzgebiete und vor allem die lukrativen Nationalparks würden in den Besitz von Firmen oder Privatpersonen übergehen. Das wollte Mukolwe nicht. „Also musste er von der Bildfläche verschwinden. Da kam der Skandal mit den Auszubildenden gerade recht. Daran beteiligt waren aber hauptsächlich Minister und Abgeordnete.“ John Mbaria zuckt zusammen. Ein Handy in der Nähe klingelt, immer und immer wieder. „Kaum war Mukolwe seinen Job los, tauchte dieser Brief beim zuständigen Tourismusminister Raphael Tuju auf.“ Der Journalist kramt in seiner Tasche und zieht eine Kopie hervor. Es ist ein Brief von Richard Leakey an den Minister. Darin schlägt er sich selbst als Direktor des KWS vor, den gesamten Vorstand will er mit alten Freunden besetzen. „Warum tut er das in seinem Alter? Er ist krank und könnte sich doch zur Ruhe setzen.“ John Mbaria gibt sich gleich selbst die Antwort. „Er will sich und seinem Kartell den KWS sichern. Sollte er privatisiert werden, hat Leakey schon Investoren an der Hand wie vor einem Jahr. Da hatte er sich mit Harold Wackman zusammen getan. Einige reiche Weiße wie Gordon Getty, Ted Turner oder Bill Gates zeigten sich interessiert einer Stiftung Geld zu geben, die Leakey gründen wollte. Sie hätten damit den Kenia-Wildlife-Service gekauft und verwaltet.“ Schnell trinkt er den letzten Schluck Tee. Inzwischen dämmert es schon. „Hätte die Regierung damals dem Kauf zugestimmt, hätten die Kenianer 8% ihres Landes an die Investoren verloren. Außerdem hätten

sie bares Geld verschenkt. Immerhin bringen die lukrativen Zweige vom KWS dem Land jährlich mehrere Hundert Millionen Dollar ein.“ Dann wird John Mbaria doch noch laut. Er ist jetzt sichtlich erregt. „Wer aber lebt mit den Tieren zusammen? Das sind die schwarzen Kenianer. Viele der wilden Tiere leben außerhalb des Parks. Nur wenige Kilometer weiter im Nairobi-National-Park haben die Masai sieben Löwen getötet, weil die ihr Vieh gerissen haben. Die Regierung zahlt ihnen keinen Pfennig Entschädigung. Für einen Menschen, der vom Löwen getötet wird, bekommen sie 30 Euro. Mehr nicht! Dabei sind die Eintrittsgelder für die Parks doch hoch genug. Aber die Kenianer bekommen nichts, weil die ehemaligen britischen Siedler und ihre Doktoren den KWS kontrollieren. Die wollen lieber selber Profit machen.“

Plötzlich springt John Mbaria auf, rennt aus dem Straßencafé und verschwindet im Gewühl. Einige Minuten später ist er wieder da. Schuld bewusst senkt er den Kopf. Er sei sehr nervös, gibt er zu. Er fühle sich ständig verfolgt, deswegen habe er sich auch nie gemeldet. Abgetaucht sei er, schließlich müsse er an seine Familie denken. „Die, gegen die ich meine Artikel schreibe sind mächtig. Sie haben überall Freunde. Ich habe ihnen schon manches Geschäft verdorben, sie damit um viel Geld gebracht.“

Diesmal geht er, nicht ohne sich höflich zu verabschieden. Einige Tage später wird sein Artikel über das Kartell der Weißen in der „Daily Nation“ veröffentlicht. Außerdem fordert die Regierung von den ehemaligen KWS-Direktoren Geld zurück. Mehrere Millionen Dollar seien durch undurchsichtige Geschäfte verloren gegangen. Doktor Richard Leakey hätte eigenmächtig ein System zum Verkauf von Eintrittskarten eingeführt und einer britischen Firma dafür mehr als 300.000 Dollar gezahlt, so ein Bericht. Außerdem würde man sich fragen, warum der KWS für das Betanken, die Wartung und die Versicherung des Privatflugzeugs von Richard Leakey hätte aufkommen müssen. Das Bild des integren weißen Mannes beginnt zu bröckeln.

Ian Cowie ist selbst Weißer. Er lebt an der Grenze zum Nairobi-National-Park. Dieses Naturschutzgebiet ist einmalig. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es einen Park, der so nahe an einer Millionenstadt liegt. Von hier aus kann man die Hochhäuser der Stadt sehen, Flugzeuge jagen über die Tiere hinweg. Für Ian Cowie ist der Park sein eigentliches Zuhause. Er sieht aus wie ein gealterter Abenteurer. Sein Englisch ist noch immer „very british“, obwohl er in Kenia geboren ist. Ian Cowie setzt sich besonders für die Löwen ein, von denen es nur noch etwa zehn im Nairobi-National-Park gibt. Löwen sind bei den Masai eine beliebte Jagdtrophäe. Aber nicht nur das. „Die Menschen und die Löwen wohnen auf engstem Raum zusammen,“, sagt er, „die Tiere halten sich nicht an die Grenzen des Naturschutzgebiets. Sie reißen

das Vieh der Masai, die außerhalb des Parks leben.“ Dabei zeigt Ian Cowie auf die imaginäre Grenze zwischen Park und Ansiedlungen. Die Hütten und Häuser rücken immer näher an den eigentlichen Park. Daher kommt es hier immer häufiger zum sogenannten „Human Wildlife Conflict“, also zu Zusammenstößen zwischen Menschen und Tieren. Schon seit geraumer Zeit fordern Ian Cowie und seine Mitstreiter einen Zaun, der den National-Park von den Ansiedlungen trennt. Der Widerstand ist groß. Die Touristen wollen die Tiere in freier Wildbahn sehen, da stören Zäune. „Was soll man sonst machen?“ fragt sich der großgewachsene weißhaarige Mann. „Die Masai haben ebenso ein Recht hier zu leben wie die Löwen. Dieses Volk braucht Ziegen und Schafe, um sich davon zu ernähren. Reißt ein Löwe eins von den Tieren, ist das für die Masai ein finanzieller Verlust.“ Ian Cowie kennt die Masai gut. Einige von ihnen arbeiten sogar im Park. „Das ist eine gute Lösung“, findet der Tierschützer. „Wenn die Masai als Wildhüter arbeiten, wird der Park für sie auch zur Einkommensquelle. Außerdem sollte es endlich eine Entschädigung für das Vieh geben, das gerissen wurde.“ Ian Cowie seufzt. Er gehört nicht zur Clique der reichen Weißen, die hier das Sagen haben. Er führt seinen Kampf mit einer kleinen Gruppe freiwilliger Helfer. Einen Verein zur Rettung der Löwen hat er gegründet. Den unterstützen einige zahlende Mitglieder. Wirklichen Einfluss hat Ian Cowie nicht. Ob er Unterstützung von Weißen wie Richard Leakey erhält? Ian Cowie lächelt müde und winkt ab. „Richard Leakey ist ein Kapitel für sich. Unsere Ziele wird er nicht unterstützen.“ An seinem Einsatz verdient Ian Cowie nichts. Er steigt in einen blauen Landrover. Den muss er bald verkaufen. „Irgendwoher muss das Geld zum Leben ja kommen.“ Sagt er und fährt davon.

## 12. Democracy – Die Macht von Kunst und Medien

„Ein Cartoonist darf alles sagen“, meint Gado. Er ist der wohl bekannteste Zeichner des Landes. Seine bissigen Kommentare erscheinen Tag für Tag in der „Daily Nation“. Schon unter Moi hat er mit spitzem Bleistift die Politik der Regierung aufs Korn genommen. Mit einem Augenzwinkern versucht er, den Kern einer Sache zu treffen und die aktuellen Ereignisse mit einer Zeichnung zu kommentieren. Humor sei sein Werkzeug, sagt Gado. Viel Zeit hat er auch heute nicht. Seine Zeichnung für die morgige Ausgabe ist noch nicht fertig. Der Karikaturist ist Mitte 30. Inzwischen ist er in Kenia so etwas wie ein Star. Jeder kennt ihn. Sein Buch „Democracy“, in dem die besten Zeichnungen zu sehen sind, verkaufte sich gut, ein zweites ist in Arbeit. „Ich versuche, die Leser auf Dinge aufmerksam zu machen. Ich möchte, dass sie Politik durchschauen.“ Die Arbeit sei einfacher geworden, seitdem

dass Moi-Regime abgewählt sei. Doch immer noch versuche man, Einfluss auf die Verleger zu nehmen. „Es gibt Anrufe in der Redaktion“, erzählt er. „Verleger sind dann verunsichert, ob sie bestimmte Cartoons veröffentlichen sollen oder nicht. Die absolute Pressefreiheit gibt es nicht.“ Er selber sei schon telefonisch bedroht worden. Auch Korruptionsversuche waren und sind an der Tagesordnung. Politiker versuchen, bestimmte Aussagen einer Zeichnung zu verhindern oder zu verändern. Die Moi-Regierung unterstellte ihm, für die Opposition zu arbeiten. Aber er sei weder auf der einen, noch auf der anderen Seite. „Ich nehme jeden Tag eine Position ein, die vom Thema abhängt, nicht von der Regierung oder Opposition.“ Fürchten muss Gado eigentlich nichts mehr. Sein Verleger vertraut ihm und die Leser lieben seine gezeichneten Satiren. Er ist nicht mehr zu stoppen. Jetzt hat er es eilig: Gleich ist Redaktionsschluss.

Douglas Okwach arbeitet für die zweite große Zeitung in Kenia, den „East African Standard“. Unter seinem Namen auf der Visitenkarte steht als Berufsbezeichnung „investigativer Journalist“. Sein Büro befindet sich im sechsten Stockwerk eines neuen modernen Hochhauses mitten in der City von Nairobi. Im Moment schreibt Douglas Okwach über einen Korruptionsskandal im Krankenhaus von Nairobi. Die Arbeit habe sich seit dem Regierungswechsel verändert. Zwar würde immer betont, dass die Journalisten nun freier arbeiten können, das sei aber nur die halbe Wahrheit, betont Douglas Okwach. Es sei schwierig an Dokumente zu kommen, auch Treffen mit Politikern seien nicht an der Tagesordnung. „Es gibt weiterhin Korruption, aber viel versteckter. Früher, unter Moi war Bestechung nichts, was man verbergen musste. Heute weiß jeder, wenn ich mich erwischen lasse, dann hat das Folgen.“ Er konnte eine Geschichte über die Staatskarossen der Minister nicht veröffentlichen, weil ihm wichtige Informationen einfach verweigert wurden. Heute wird kaum ein Journalist mit Gewalt bedroht, das ist vorbei. Doch er stößt auf eine Mauer des Schweigens. Man müsse Geduld haben, wenn man einem Bestechungsskandal auf der Spur sei, erzählt Douglas Okwach. „Irgendwann versorgt dich dann derjenige mit Informationen, der bei einem Deal zu kurz kam.“ Wird die Story dann veröffentlicht, kündigt die Regierung Konsequenzen an. Meistens bleibt es dabei, wirkliche Folgen haben die meisten aufgedeckten Korruptionsfälle nicht. Douglas Okwach gibt ein Beispiel aus seinem Alltag: Der Flughafen in Nairobi sollte neue Stühle bekommen. Der Auftrag wurde ausgeschrieben und einer der zwölf Bieter bekam den Zuschlag. Es wurde aber nicht das kostengünstigste Angebot ausgewählt, sondern eine große Möbelfirma aus der Stadt bekam den Millionen-Auftrag. Die elf anderen protestierten und informierten auch die Presse, in diesem Fall Douglas Okwach. Er schrieb darüber. Den Verdacht, dass die Firma Schmiergelder gezahlt hatte, um an

den Job zu kommen, konnte der Flughafenchef nicht auf sich sitzen lassen. In der nächsten Ausgabe des „Standard“ schaltete der Flughafen eine ganze Seite mit der Gegendarstellung. Die war nicht etwa erzwungen worden, sondern als Werbefläche vom Flughafen gekauft. Douglas Okwach lacht und schüttelt den Kopf. „Ja, so etwas passiert oft. Wenn die Betroffenen keine Gegendarstellung von der Redaktion bekommen, weil wir hieb- und stichfeste Beweise recherchiert haben, werden ganze Seiten gekauft, um Gegendarstellungen zu platzieren. Das ist absurd, aber die Realität.“ Im Fall des Flughafendeals hatte die Story von Douglas Okwach Konsequenzen. Der Firma wurde der Auftrag entzogen. Es gab eine neue Ausschreibung. Der Chef des Flughafens bestritt jegliche Beteiligung an der Schmiergeldaffäre. Untersucht wurde das nicht. Der Flughafenchef ist ein guter Freund von Präsident Mwai Kibaki.

### **13. Kick corruption out of sport – Der Fußballclub von Bob Munro**

Das Mathare-Valley ist kein grünes fruchtbares Tal, in dem glückliche Menschen leben. Mathare-Valley ist einer der traurigsten Orte Kenias. Es ist angeblich der größte Slum Afrikas. Mehr als 150.000 Menschen hausen hier, am Stadtrand von Nairobi, in Holz- oder Wellblechhütten. Je näher sie am Fluss wohnen, der den Slum mit seiner braunen Brühe in zwei Hälften teilt, desto ärmer sind die Familien. Krankheiten, Hunger, Armut, Kriminalität und Drogensucht sind hier zu Hause. Es stinkt, es ist schmutzig, und es ist kaum auszuhalten. Doch es ist nicht ganz hoffnungslos. Bob Munro und seine Organisation „Mathare Youth Sports Association“ (MYSA) haben dort etwas aufgebaut, dass wenigstens für einige der Ausweg sein kann. Die Hoffnung im Mathare-Valley heißt Fußball.

Überall am Eingangstor sieht man die Aufkleber vom Fußballverein Mathare United FC. Im Haus dahinter, am Rand eines Waldes, lebt Bob Munro mit seiner Familie. Bob ist ein Weißer, Kanadier. Mit den Aufklebern, sagt er, schützt er sich vor Überfällen, die hier an der Tagesordnung sind. Wie das? „Na ja, Mathare United ist inzwischen die beliebteste Fußballmannschaft in Nairobi. Man identifiziert sich mit den Spielern. Einen, der Mathare-Fan ist, überfällt man nicht so einfach.“ Bob Munro lächelt freundlich. Er ist klein und wirkt zerbrechlich. Aber das täuscht. In seinem früheren Leben war er Geschäftsmann, Entwicklungshelfer, dann bei der UN – überall auf der Welt, auch in Afrika. Irgendwann haben ihn seine Aufgaben nicht mehr ausgefüllt. Er konnte die Armut nicht länger einfach so hinnehmen. „Ich wollte an der Front kämpfen“, sagt er.

1987 gründete er Mysa. Die Idee war, den Kindern im Slum von Nairobi zu helfen, sie vom Klebstoff, der beliebtesten Droge im Slum fernzuhalten. Es wurden Aufräumprojekte gestartet, aber im Mittelpunkt stand eigentlich immer der Sport. Inzwischen ist Mysa die größte Selbsthilfeorganisation im Bereich Sport und gemeinnütziger Projektarbeit, die es in Afrika gibt. 14.000 Jugendliche nehmen an den Projekten teil. Bob Munro erzählt über seinen Kampf gegen die Korruption und den Aufstieg seiner Fußballmannschaft. Beides scheint eng miteinander verbunden zu sein.

„Sensationell, rekordverdächtig, kaum zu glauben“ – so ähnlich titelten die Zeitungen Ende der 90er Jahre. Damals begann der Siegeszug von Mathare United. Ein Dutzend junger Kerle aus dem Slum eroberte zunächst die zweite Liga, dann die erste. Die kenianische Fußballwelt stand Kopf. Mathare United gewann Turniere wie den Moi-Golden-Cup. Sie kamen in die Endrunden für den Kenia-Cup. Sie hatten Mut, sie hatten Wut und sie wollten gewinnen. Seit einigen Jahren gehört Mathare United nun zu den Mannschaften der ersten Liga. Inzwischen sind sechs ehemalige Mathare-Spieler in der kenianischen Nationalmannschaft.

Die Erfolgsgeschichte vom Fußballklub aus den Slums ist auch die Geschichte eines harten Kampfs.

„Fußball in Kenia war schon immer korrupt, doch im Jahr 2000 wurde es besonders schlimm.“ Bob Munro zündet sich eine Zigarette an. „In diesem Jahr wurde für die Kenia-Fußball-Föderation (KFF) ein neuer Vorstand gewählt. An die Macht kam Maina Kariuki, ein enger Freund des damaligen Präsidenten Daniel Arap Moi und Senior-Manager bei Coca-Cola Kenia. Er versprach einen neuen Anfang im kenianischen Fußball und den gab es auch. Die KFF wurde korrupter als jemals zuvor.“ Eine dicke Mappe mit Zeitungsausschnitten hat Bob Munro in den vergangenen Jahren zusammengestellt. Darin sind nicht nur die Artikel über Mathare United, sondern auch Reportagen über Korruption und Missmanagement der KFF. Über 150 Berichte hat Bob Munro inzwischen gesammelt. „Alle Artikel habe ich auch der FIFA zukommen lassen, damit die wissen, was hier in Kenia im Fußball geschieht.“

Bob Munro ist Mitte 60, aber zur Ruhe setzen, will er sich nicht. Weil er der Älteste in seinem Fußballverein ist, muss er sprechen. „In Kenia trauen sich die Jüngeren nicht, etwas gegen die Älteren zu sagen. Das verbietet ihnen die Tradition, die verlangt Respekt gegenüber den „Alten“. Deswegen schweigen die jungen Fußballspieler, auch wenn ihnen Unrecht geschieht.“ Und das haben die Spieler auf dem Platz oft erfahren. „Ich kann nicht am Spielfeldrand stehen und zusehen, wie andere meine Arbeit zerstören, wie man versucht, Mathare United zu manipulieren.“ So begründet Bob Munro seinen Einsatz für korruptionsfreien Fußball im Land. Fünf Jahre

dauert der Kampf nun schon. Immer tiefer ist der Kanadier in die Abgründe vorgedrungen, immer gefährlicher wurde seine Arbeit. Jemand aus der Riege der KFF-Oberen hat einmal gesagt, wenn er ein geladenes Gewehr hätte, würde er die erste Kugel auf Bob Munro abfeuern. Solche Drohungen versetzen vor allem seine Familie in Angst und Schrecken. „Aber was soll ich machen? Eine Fußballmannschaft aus den Slums hat keine Rechte, sie hat keine Stimme in der KFF. Ohne Geld kein Einfluss, so läuft das im kenianischen Fußball.“ Was die Oberen bei der KFF vormachen, setzt sich im Kleinen fort. Das hat Bob Munro mit Mathare United erfahren, als es um den Aufstieg der Mannschaft ging. „Als wir auf dem Weg in die erste Liga waren, war das den etablierten Fußballklubs in Kenia ein Dorn im Auge. Meine Jungen mussten mehr Spiele hintereinander absolvieren als die anderen. Meistens samstags und sonntags. Dadurch wollte man Erschöpfung und Verletzungen provozieren. Diejenigen die die Spielpläne zusammenstellen, wurden bestochen.“

Regelmäßig bekommen auch die Schiedsrichter Schmiergelder. Die KFF greift nicht ein. „Bei einem Spiel Supa Congo FC aus Malindi gab der Teamchef offen zu, dem Schiedsrichter „Trinkgeld“ gegeben zu haben, damit er fair pfeift. 1997, als meine Mannschaft kurz vor dem Aufstieg in die erste Liga stand, war es uns fast nicht möglich, Auswärtsspiele zu gewinnen. Ganz offensichtlich wurden die Schiedsrichter von den Heimmannschaften bestochen. Mathare United hatte den Ball öfter ins Abseits gespielt, bekam wesentlich häufiger Gelbe Karten, Tore wurden nicht gewertet und die vielen Fehler der anderen Mannschaften einfach übersehen. Es war nicht einfach, meine Jungen bei Laune zu halten. Ihnen klar zu machen, dass Mathare United weiterhin eine faire Mannschaft bleibt.“ Ein Trick half dann dem Team von Bob Munro, doch noch in die erste Liga aufzusteigen. Vom kanadischen Botschafter bekam die Mannschaft eine alte, schwere Kamera. Der Mannschaftskapitän musste die nun bei allen Spielen mitschleppen. Die Batterien wurden in einem Rucksack untergebracht, Drähte verbanden diese mit der Kamera. „Das sah wirklich sehr, sehr beeindruckend aus. Der Kapitän wurde noch fitter, da er mit der Kamera während der Spiele an den Seitenlinien entlang lief und die Schiedsrichter filmte.“ Bob Munro grinst spitzbübisch. „Die waren es nicht gewohnt, Filmstars zu sein und entschieden plötzlich korrekt. Was sie nicht wussten: Die Kamera funktionierte gar nicht, und wir hatten kein Geld sie zu reparieren. Doch der Trick klappte. Unsere Mannschaft stieg 1998 in die erste Liga auf. Von da an halfen keine Kameras mehr. Die Korruption dort war so nicht zu bekämpfen.“ Wieder zündet sich der Kanadier eine Zigarette an. Nur kurz lehnt er sich in seinem Stuhl zurück und schaut vom Balkon in den Wald nebenan. „Wie gesagt, mit dem neuen Chef bei KFF, mit Maina Kariuki,

wurde es noch schlimmer als vorher. Desolate Fußballplätze, bestochene Schiedsrichter und schlechte Verwaltung durch die Zuständigen bei der KFF waren wir gewohnt. Doch Korruption in einem solchen Ausmaß war neu.“ Bereits Ende 2001 meldet die Presse den ersten Skandal. Bob Munro blättert in seiner Mappe nach den Zeitungsausschnitten. Eintrittsgelder aus internationalen Spielen waren verschwunden. Im ersten Jahr unter Maina Kariuki fanden acht solcher Spiele in Kenia statt. Von keinem dieser acht Zusammentreffen wurden die Eintrittsgelder auf dem Konto der KFF verbucht. Tausende von Dollar waren einfach weg. Wahrscheinlich hatten KFF-Offizielle das Geld in ihre eigenen Taschen gesteckt. Auch die lokalen Verwalter der KFF veruntreuten Eintrittsgelder. Inzwischen geht man davon aus, dass sie bis zu 20% der Einnahmen aus den Ticketverkäufen bei lokalen Spielen in die eigene Tasche steckten. Außerdem wurden von den Oberen bei der KFF mehrere Millionen Dollar aus eigenen und FIFA-Fonds unterschlagen. Die Liste der Verfehlungen ist lang. Bob Munro wird nicht müde sie aufzuzählen. „Über die Hälfte der eigenen Vorschriften haben die Verantwortlichen bei der kenianischen Fußballföderation entweder selber gebrochen oder Verfehlungen dagegen nicht geahndet. Sponsorengelder sind verschwunden. Preisgelder, Gehälter von Schiedsrichtern und Spielern, Gelder, die den Clubs zustehen, wurden einfach nicht bezahlt. KFF-Mitgliedern wurde die Einsicht in die Verwaltung der Konten verwehrt. Die jährlichen Finanzberichte wurden nicht an die Clubs weitergeleitet.“ Bob Munro kommt in Fahrt. Das sei ja längst noch nicht alles. Spieler wurden trotz gültiger Verträge mit ihren kenianischen Clubs ins Ausland verkauft. In der U-17 Mannschaft spielten Fußballer, die schon lange das Alter überschritten hatten. Teilweise waren sie mit 22 Jahren noch immer auf dem Feld.

Anfang 2004 näherte sich die Amtszeit von Maina Kariuki dem Ende. Nach vier Jahren werden die Vorstände in der KFF neu gewählt. Die kenianische Fußballwelt atmete auf. Doch zu früh gefreut. Kariuki versprach neue Wahlen, seinen Rücktritt, aber nichts geschah. Im Frühjahr 2004 repräsentierte er den kenianischen Fußball immer noch bei internationalen Treffen, bei der FIFA. Inzwischen hatten sich zehn Fußballclubs aus der ersten Liga von der KFF distanziert und eine neue Liga gegründet. Denen versprach er Zusammenarbeit. Nichts geschah. Bob Munro gehörte zu den Initiatoren dieser neuen Liga. Jetzt konnte ihn nichts mehr stoppen. „Ich habe der FIFA alle Presseartikel zukommen lassen. Ich habe denen Mails geschrieben. 30 Beschwerdebriefe über die KFF mit den Unterschriften von Spielern, Schiedsrichtern, Clubvorsitzenden der ersten Liga sind in die Schweiz gegangen. Nichts geschah. Auch Nachfragen wurden ignoriert. Kein Wunder, Kariuki hat seit 2002 einen Posten bei der FIFA. Der Chef

der KFF war maßgeblich daran beteiligt, dass Blatter in dem Jahr als FIFA-Chef wiedergewählt wurde,“ vermutet Bob Munro. Welche Beziehungen auch immer zwischen der KFF und der FIFA bestehen, das Jahr 2004 sollte für Maina Kariuki kein leichtes werden. Als klar wurde, dass er 2004 keineswegs vorhatte, Wahlen abzuhalten, schalteten sich der Sportminister und das Gericht in Mombasa ein. Der Minister entließ die KFF-Offiziellen und stellte eine Übergangsverwaltung zusammen. Das Gericht entschied, dass die Amtszeit von Maina Kariuki zu Ende sei und es Wahlen geben müsse. Außerdem wurde es ihm verboten, im Namen der KFF Verträge abzuschließen oder zu repräsentieren. Das hätte das Ende der Karriere von Maina Kariuki sein können. Doch er und seine Mitstreiter geben sich nicht geschlagen. Bob Munro hat sich in seinem Sessel aufgerichtet. Obwohl er die Geschichte so oft erzählt hat, regt er sich immer noch auf. „Sie informieren die FIFA und die sperrt Kenia für alle internationalen Spiele mit der Begründung, die Regierung dürfe sich in diese Sachen nicht einmischen. Dabei läuft die Qualifikation für die WM 2006. Das ist eine Katastrophe.“ Inzwischen hat sich Bob Munro so sehr für den kenianischen Fußball engagiert, dass er auch jetzt nicht tatenlos zusehen will. Als ehemaliger Geschäftsmann und UN-Mitarbeiter weiß er, was zu tun ist: Die Medien müssen helfen. Er verschickt über 60 Mails an alle möglichen Sender rund um den Globus. Ein Sportsender berichtet. Dann dreht ein Schweizer Team in Kenia. Die Geschichte kommt ins Rollen. Diesmal könnte es ein Happy-End geben. Im Dezember 2004 finden die Wahlen statt. Die KFF könnte nun unbestechliche Verwalter bekommen. Die FIFA hebt die Sperre für Kenia auf. Im ersten Qualifikationsspiel gewinnt die kenianische Nationalmannschaft gegen Guinea. Bob Munro könnte sich endlich zurücklehnen und sich um seine Familie kümmern. Seine heranwachsenden Söhne wären zufrieden, dass nicht mehr ihr Vater als Rebbe in der Familie bezeichnet würde.

Doch wie so oft in Kenia bleibt das glückliche Ende wohl aus. In der KFF sitzen zum Teil dieselben korrupten Verwalter wie zuvor. Stimmen wurden gekauft und verkauft. Einige Verwalter, die wegen Hinterziehung von KFF-Geldern angeklagt wurden, laufen noch immer frei herum. Viel zu befürchten haben sie wohl nicht. Millionen von Dollar bleiben verschwunden. Deswegen dürfen Menschen wie Bob Munro noch nicht aufgeben. Ruhestand vorerst ausgeschlossen.

#### **14. Was bleibt – Das Fazit eines Kampfes**

Keine guten Nachrichten aus Kenia: Das Frühjahr 2005 wird zu einem Desaster für alle, die Korruption ernsthaft bekämpfen. Der Rücktritt von

John Githongo hat den Glauben erschüttert, dass es in Kenia bald wieder aufwärts gehen könnte. Im April folgt die nächste Schreckensmeldung. Gladwell Otieno, die Direktorin von Transparency International, tritt ebenfalls zurück – allerdings nicht freiwillig. Auf Druck von regierungsnahen Aufsichtsratsmitgliedern verlässt sie ihren Chefposten. Sie hatte sich, zusammen mit John Githongo, dafür eingesetzt, die vom Parlament verlangten Vermögenserklärungen der Minister zu veröffentlichen, um Falschaussagen offen zu legen. Für die Korruptionsvorwürfe, die sie im Detail belegen konnte, sollte sie sich öffentlich entschuldigen, verlangten die beschuldigten Minister. Das verweigerte sie. In einem Interview mit „The Standard“ bekräftigte sie sogar ihre Kritik. „Wir beobachten einen Rückschritt der Regenbogen-Koalition bei der Reform-Agenda“, sagte sie. In der Moi-Ära sei der Goldenberg-Skandal das Symbol der Plünderung gewesen, unter Kibaki’s Herrschaft sei es der Anglo-Leasing-Skandal. Zuviel Kritik für die Regierung: Gladwell Otieno muss ihren Posten aufgeben, den Kampf will sie trotzdem weiterführen.

Die Medien immerhin berichten relativ unbehelligt über die Rücktritte, über Bestechungsskandale und über korrupte Politiker. Die Freiheit der Presse sei, sagen ausländische Diplomaten, das Ventil, um die Wut der Bevölkerung in Grenzen zu halten. Denn der Unmut über die Regierungskoalition ist groß. Für den Diebstahl einer Ziege riskiert man bis zu drei Jahren Gefängnis, während diejenigen, die Millionen unterschlagen, auf freiem Fuß bleiben.

Warum duldet das ein Präsident, der 2002 angetreten war, die Korruption unerbittlich und gnadenlos zu bekämpfen? Mwai Kibaki ist kein starker Staatschef; durch Krankheit und Alter geschwächt, überlässt er wichtige Entscheidungen der so genannten „Mount-Kenia-Mafia“. Diese Clique übernimmt mehr und mehr die Regierungsgeschäfte. Ihre Mitglieder sind selbst bestechlich und nehmen mit, was sie bekommen können, solange sie noch an der Macht sind. Im Prinzip hat sich nach der Herrschaft von Daniel Arap Moi nicht viel geändert. Diejenigen, die ihre Meinung offen sagen, leben ein bisschen sicherer. Die Korruption blüht, nur die Gewalt hat abgenommen. Denn korrupte Politiker wissen, dass sich die wenigsten Kenianer zu wehren wissen.

Kürzlich veröffentlichte „The Daily Nation“, dass allein die Antikorruptionskommission den Staat mehr als 20 Millionen Dollar gekostet hat. Ob diese Einrichtung effektiv arbeitet, ist mehr als fraglich. Und: Es gibt noch zahlreiche andere Ausschüsse, die sich ebenfalls mit dem Thema Korruption beschäftigen. Eine davon ist die nationale Kommission für Menschenrechte, auch sie ist der Regierung unterstellt. Maina Kiai, der Vorsitzende, gibt offen zu, dass ihm oft die Hände gebunden sind. Er kann nur auf Missstände hinweisen und die Presse informieren. „Immer, wenn aufgeregte Anrufe

kommen, oder wenn ich am Telefon bedroht werde, weiß ich, dass ich den richtigen Leuten auf der Spur bin.“ Seine Hinweise aber finden selten das Gehör der Regierung. Ab und zu muss ein Staatssekretär seinen Posten räumen, ein Minister nie.

Es sieht so aus als würde die politische und wirtschaftliche Lage in Kenia stagnieren – im besten Fall. Die Regenbogen-Koalition hat versagt. Sie hat weder die versprochenen Wirtschaftsprogramme umgesetzt, noch eine neue Verfassung durchgesetzt, noch die Korruption effektiv bekämpft. Ob die heillos zerstrittene Regierungskoalition bis zu den Wahlen 2007 hält, ist fraglich. Das Land wird aber auch dann wahrscheinlich nicht im Chaos versinken, sondern eine andere politische Führung bekommen. Einige Hoffnungsträger sind der jungen Demokratie geblieben. Dazu zählen Frauen wie Wangari Maathai und Gladwell Otieno oder Männer wie Maina Kiai. Beeindruckend ist das Engagement und die Zivilcourage derjenigen, die zu Interviews bereit waren und sich bei ihrer Arbeit begleiten ließen. Solange Bob Munro, David Munyakei und John Mbaria ihren individuellen Kampf gegen die Korruption nicht aufgeben, hat Kenia Chancen auf eine bessere Zukunft. Silas Bururia und Pfarrer Michael werden hoffentlich weiterhin das Land bereisen, um auch in den entlegenen Ecken ihre Demokratisierungseminare abzuhalten. Sie tragen weiter, was ein Großteil der Bevölkerung nie gelernt hat: Alle haben die gleichen Rechte und die Möglichkeiten, diese auch durchzusetzen. Die Freiheit zu veröffentlichen, was man recherchiert hat, und sich ohne Zensur auch künstlerisch zu äußern wie Gado, ist ein Zeichen von Demokratie. Bei allen Schwierigkeiten und Hindernissen, die sich im Kampf gegen Korruption und für mehr Demokratie zeigen, haben die Kenianer eine Chance verdient. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass auch Diplomaten nicht zusehen, sondern eingreifen wie Edward Clay und Bernd Braun. Das Monster Korruption ist zwar weiter quicklebendig, aber die Kenianer können es besiegen – notfalls auch ohne ihre derzeitige Regierung.

## 15. Danke – Asante

Zu allererst gilt mein Dank natürlich der Heinz-Kühn-Stiftung, die diese Reise ermöglicht hat. Dann möchte ich mich vor allem bei denen bedanken, die sich in Kenia Zeit genommen haben, mit mir über das Thema Korruption zu sprechen: Bei David Munyakei für seine Herzlichkeit, bei John Mbaria für seinen Mut, bei Ian Cowie für seine Hilfsbereitschaft und beim Greenbelt-Movement, dass sie sich trotz der vielen Anfragen bemüht haben, meine Wünsche zu erfüllen.

Katharina Kiecol und Christian Farr haben mich schon vor der Reise mit Informationen versorgt, in Nairobi durfte ich ihre Gastfreundschaft genießen. Stefan Ehlert hat mir viel über das Land und die Korruption erzählt, obwohl er mitten in einem Buchprojekt über Wangari Maathai steckte. Im ARD-Studio Nairobi durfte ich recherchieren, habe Adressen und Unterstützung bekommen. Die Kontakte zum ökumenischen Zentrum für Frieden und Gerechtigkeit hat die Hanns-Seidel-Stiftung vermittelt. Kamau Mbugwa hat mir mit seinen Tipps und Einsichten ins juristische System Kenias sehr geholfen. Die Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Nairobi waren sofort zu Auskünften bereit. Die Einladung zum Presseessen mit Bernd Braun habe ich gerne angenommen.

Die Offenheit, mit der die Kenianer über die Korruption in ihrem Land geredet haben, hat mich beeindruckt. Außerdem war ich überwältigt von der Spontaneität, der Gastfreundschaft und der Freundlichkeit der Menschen. Bob Munro und den Kindern vom Mathare-Valley drücke ich die Daumen für ihre Projekte. Odenda Lumumba wünsche ich, dass der Ndungu-Report endlich veröffentlicht wird. Und Gladwell Otieno sollte ihren Direktionsposten wiederbekommen. Gerne denke ich an die Zeit in Kenia zurück, vor allem an die Menschen, die ich dort kennen gelernt habe.